

## Die innenpolitische Dimension von Sicherheit am Beispiel des NATO-Doppelbeschlusses: Ein deutsch-dänischer Vergleich

von Kirsten Schäfers

**D**arum bitte ich euch, liebe Genossen und Genossinnen, votiert eindeutig! Sagt: Jetzt diese NATO-Beschlüsse nicht. Macht's so wie die Dänen [...]"<sup>1</sup> Dies forderte Henning Scherf, als Bremer Senator und Sprecher eines Teils der innerparteilichen Linken, auf dem SPD-Parteitag vom 03. - 07. Dezember 1979 in Berlin in der Debatte um das geplante „Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister der NATO über den bedingten Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen“<sup>2</sup> vom 12. Dezember 1979, den so genannten NATO-Doppelbeschluss.

Scherfs Forderung fand 1979 kein Gehör, die SPD trug als Regierungspartei den NATO-Doppelbeschluss mit. Nachdem der Vorschlag eines sechsmonatigen Aufschubs, der durch die dänische Regierung eingebracht wurde, im Bündnis abgelehnt wurde, übten sich auch die dänischen Genossen und Genossinnen in Bündnisräson - auch hier war die sozialdemokratische Partei an der Regierung. Innerhalb weniger Jahre schwenkten die bundesdeutschen wie die dänischen Sozialdemokraten auf einen klaren Gegenkurs um. In beiden Staaten sollten schwere öffentliche, parlamentarische und (v.a. in Bezug auf die Sozialdemokratie) innerparteiliche Auseinandersetzungen auf allen Ebenen um die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses folgen. Diese Auseinandersetzungen, die in der Bundesrepublik ihren Höhepunkt in den Jahren 1981-1983 erreichten, konnten die Pershing II- und Cruise Missile-Stationierungen auf deutschem Boden nicht verhindern. In Däne-

1 Der Vorstand der SPD (Hrsg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 3.-7. Dezember 1979 Bd. I. Protokoll der Verhandlungen. Anlagen, Bonn 1980, S. 747-750, S. 750.

2 Communiqué des Special Meetings of Foreign and Defense Ministers, Brüssel 12. Dezember 1979, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c791212a.htm> (abgerufen am 12. Februar 2008).

mark<sup>3</sup> war das Thema durch die so genannte Fußnotenpolitik bis 1988 aktuell<sup>4</sup>. Das dänische Bekenntnis zur Nachrüstung und zur NATO blieb hier nie ohne Einschränkungen; Raketenstationierungen waren ohnehin nicht durchsetzbar.

Angesichts dieser Tatsachen stellt sich die Frage, wie es zu bewerten ist, dass es in beiden Staaten eine stark mobilisierte Öffentlichkeit gegen den NATO-Doppelbeschluss gab und dass die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses dennoch einen so unterschiedlichen Weg nahm. Dieser Frage und der hiermit angesprochenen innenpolitischen Dimension von Sicherheit(-spolitik) wird in dieser Arbeit anhand eines Vergleichs<sup>5</sup> der bestimmenden innenpolitischen Faktoren in Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland nachgegangen.

Zunächst wird die Frage nach der innenpolitischen Dimension von Sicherheitspolitik (IR-)theoretisch verortet, wobei auch eine begründete Auswahl zu untersuchender Faktoren geschieht (Kapitel 1). Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen wird dann a) nach den sicherheitspolitischen Traditionen und dem Verhältnis zur NATO gefragt (im Falle Dänemarks wird gesondert auf die Idee vom atomwaffenfreien Norden eingegangen). Im Folgenden werden b) die bestimmenden Entwicklungen im Parteiensystem herausgestellt, um dann c) die Positionswechsel der Sozialdemokratie näher zu beleuchten. Zuletzt müssen d) die institutionellen Rahmenbedingungen des politischen Systems bedacht werden. Dies geschieht zuerst im Hinblick auf Dänemark (Kapitel 2), dann für die Bundesrepublik Deutschland (Kapitel 3).

Die Schlussbetrachtung (Kapitel 4) möchte mit einer Synthese der Ergebnisse erstens einen Beitrag zum direkten Vergleich der innenpolitischen Dimension von Sicherheit in Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland leisten. Besonderes Gewicht liegt auf der Beantwortung folgender Fragen: Inwieweit sind das dänische und das deutsche Verhältnis zum NATO-Doppelbeschluss vergleichbar? Welche innenpolitischen Faktoren beeinflussten jeweils die deutsche und die dänische Standortbestimmung im Bündnis? Zweitens soll darüber hinaus plausibel gemacht werden,

- 3 Anstelle der korrekten Bezeichnung „Königreich Dänemark (*Kongeriget Danmark*)“ wird hier und im Folgenden der Einfachheit halber von Dänemark gesprochen.
- 4 Es ist gerechtfertigt, für die deutsche Seite den Untersuchungszeitraum mit 1979–1983 anzusetzen und für Dänemark mit 1979–1988, denn spätestens mit der Wahl von 1983 waren, wie gezeigt werden wird, in der Bundesrepublik Deutschland die Weichen gestellt, die Verfasstheit des politischen Systems machte keine Einflussnahme mehr möglich. In Dänemark war hingegen bis 1988 die Fußnotenpolitik möglich.
- 5 Methodisch wird kein Vergleich im sozialwissenschaftlichen Sinne bspw. eines Detlef Jahn vorgenommen, mit dessen Grundintentionen zwar Übereinstimmung besteht, nicht aber mit seinen empirischen Arbeitsschritten (vgl. Jahn, Detlef: Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2006, bes. S. 25–33, S. 439–451), vielmehr kommen Elemente der vergleichenden Regierungslehre und des historischen Vergleichs (vgl. Haupt, Heinz-Gerhard/Kocka, Jürgen: Historischer Vergleich: Methoden Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: Haupt, Heinz-Gerhard/Kocka, Jürgen. (Hrsg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. / New York 1996, S. 9–45) zur Anwendung.

dass die innenpolitische Dimension der Sicherheitspolitik eines Staates im Bündnis durch Faktoren bestimmt ist, die – so legt es unser Beispiel nahe – über eine mobilisierte Öffentlichkeit und einen Elitendissens hinausgehen.

Keine der vielfältigen Arbeiten zum Thema hat diese Fragen bisher in vergleichender Sicht auf die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark gestellt. Gleichwohl konnte auf eine Vielzahl von Veröffentlichungen zur deutschen und dänischen Außen- und Innenpolitik und ihren jeweiligen Einzelaspekten zurückgegriffen werden. Hierbei wurde auch ein Teil der dänischen und dänischsprachigen<sup>6</sup> Literatur berücksichtigt, die die immer wieder aufkommende Debatte über die dänische Rolle im Kalten Krieg widerspiegelt.<sup>7</sup>

## 1. Theoretische und methodische Vorüberlegungen

Neben der Anti-Vietnamkriegsbewegung wird die Friedensbewegung der 80er Jahre mit den zunehmenden Protesten gegen die NATO-Nachrüstung gerne als Hinweis auf den Einfluss innenpolitischer Faktoren, insbesondere der öffentlichen Meinung, auf die Außenpolitik von Staaten und damit auf die Internationalen Beziehungen verstanden. Als „Challenges to the Almond-Lippmann Consensus“<sup>8</sup> hat der amerikanische Politikwissenschaftler Ole R. Holsti die aus solchen Überlegungen resultierenden Neuansätze in der Theorie der Internationalen Beziehungen beschrieben.

6 Alle Übersetzungen von Zitaten aus dem Dänischen durch die Verf..

7 Bemerkenswerterweise wurde in Dänemark in den letzten Jahren wieder verstärktes Interesse an der Rolle Dänemarks im Kalten Krieg im Allgemeinen und an der Politik der Regierung Schlüter im Besonderen gefunden, wobei ein sehr kontroverser öffentlicher Diskurs darüber, wie Dänemarks Rolle in diesen Jahren zu beurteilen ist, immer noch geführt wird. Durch das von den Regierungen Nyrup Rasmussen und Fogh Rasmussen in Auftrag gegebene Forschungsprojekt zu Dänemark im Kalten Krieg wurde diese Frage gewissermaßen zur Chefsache erklärt. Die Ergebnisse wurden in einer umfangreichen Veröffentlichung zugänglich gemacht (vgl. Dansk Institut for International Studier (DIIS) (Hrsg.): Danmark under den Kolde Krig. Den Sikkerhedspolitiske Situation 1945-1990, 4 Bde., Kopenhagen 2005). Hierbei wird auch immer wieder Kritik an diesem Umgang mit der jüngsten Geschichte geübt, der aus politischen Gründen zu selektiv in der Auswahl der Forscher sei und dem fundamentalen Irrtum unterliege, dass sich ein fundiertes historisches Urteil nach einigen Jahren einfach so bei einem von der Regierung finanzierten think tank bestellen lasse (vgl. Thorsten Borring Olesen: Truth on Demand: Denmark and the Cold War, in: Hvidt, Nana/Mouritzen, Hans (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2006, Kopenhagen 2006, S. 80-113, bes. S. 82-89, S. 109-111). Eine weitere streitbare Figur in diesem Nationaldiskurs stellt Uffe Ellermann-Jensen dar, der sich als ehemaliger Außenminister in der Regierung Schlüter häufig auch publizistisch zu Wort meldete und meldet. Er verteidigt auch heute noch das Verbleiben der Regierung Schlüter im Amt und verweist darauf, dass die Fußnotenpolitik Dänemarks Glaubwürdigkeit als Bündnispartner geschadet habe, weil es seinen Bündnisverpflichtungen nicht nachgekommen sei (vgl. Ellermann Jensen, Uffe: Fodfej. Da Danmark svigtede under den kolde krig, Kopenhagen 2004, z.B. S. 169). Einen Überblick über die Diskussion nach der Veröffentlichung der DIIS-Studie bietet u. a. Erik Beukel: DIIS' udredning om Danmark og den kolde krig og den efterfølgende mediedebat, Odense 2005, S. 18-26.

8 Holsti, Ole R.: Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus, in: International Studies Quarterly 36 (1992), S. 439-466.

Der Betrachter sieht sich einer ganzen Bandbreite von theoretischen Überlegungen gegenüber, die von einer größeren Nähe oder Ferne zu Realismus oder Liberaler Theorie<sup>9</sup> geprägt sind. Eine ähnliche Varianz findet sich auf dem Feld der Außenpolitikanalyse. Die deutsche Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn stellte 1990 fest, dass „die Bundesrepublik auf dem Gebiet der außenpolitischen Entscheidungsforschung noch ein Entwicklungsland ist.“<sup>10</sup> Sie beschreibt die verschiedenen Dimensionen außenpolitischen Handelns, indem sie die Analyseebenen („welche Akteure?“), die Entscheidungstypen und die theoretischen Annahmen über das Entscheidungsumfeld der jeweiligen Akteure („rationale, operative und psychologische Umfeldannahmen“) unterscheidet.<sup>11</sup>

Die Suche nach einer geeigneten theoretischen und methodischen Grundlage für die folgenden Ausführungen unterliegt angesichts dieser Voraussetzungen einigen Einschränkungen.<sup>12</sup> Ausgehend von der Forderung des Bonner Politikwissenschaftlers Christian Hacke, „[d]ie Situation, die Konstellation, sucht sich ihre Theorie, nicht umgekehrt“<sup>13</sup>, seien einige Besonderheiten der hier zu betrachtenden Konstellation bedacht und das weitere Vorgehen mittels zweier Referenzmodelle abgesichert.

Die innenpolitische Auseinandersetzung entzündete sich im vorliegenden Fall an einer Bündnisentscheidung. Und der größte Teil der sie betreffenden innenpolitischen Debatte fand erst statt, nachdem diese getroffen wurde. Es wird im Folgenden vorausgesetzt, dass Entscheidungen, die auf Bündnisebene getroffen werden, in einem doppelten Spannungsfeld angesiedelt sind. Nicht nur können solche Bündnisbeschlüsse nicht immer allen Sicherheitsinteressen der Verbündeten gerecht werden<sup>14</sup>, es kann auch davon ausgegangen werden, dass aus Gründen der Bündniskohäsion im Kalten Krieg ein gewisser Zwang zur innenpolitischen Durchset-

9 Einen Überblick mit dem Anspruch einer Neuformulierung und Neuordnung der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen gibt z.B. Moravcsik, Andrew: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51 (1997), S. 513–553.

10 Haftendorn, Helga: Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorie der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen 1990, S. 401–423, S. 407.

11 Vgl. ebd., S. 405–416.

12 Es kann hier keine umfassende Diskussion der konkurrierenden Theorieentwürfe geleistet werden. Auch kann der NATO-Doppelbeschluss als einzelnes Beispiel nicht zur endgültigen Verifikation oder Falsifikation solcher Entwürfe reichen. Darüber hinaus erscheint besonders problematisch, dass sowohl die IR-Theorien wie auch die Außenpolitikanalyse eher auf den Entscheidungsvorgang (*decision*) abheben, kaum aber auf deren Umsetzung (*implementation*). Zuletzt sei angemerkt, dass die wenigsten Theorieansätze sich durch eine eigene operationalisierbare Methode auszeichnen, wie Haftendorn dies für die Außenpolitikanalyse explizit macht, vgl. Haftendorn: Theorie, S. 418–419. Die beschriebenen Probleme können aber auch auf die IR-Theorien übertragen werden.

13 Hacke, Christian: Zuviel Theorie? Zuwenig Geschichte? Eine kritische Zwischenbilanz der Disziplin der Internationalen Beziehungen in Deutschland, Hamburg 2003, S. 36.

14 Vgl. Dittgen, Herbert: Deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehungen in der Ära Helmut Schmidt. Vorgeschichte und Folgen des NATO-Doppelbeschlusses, München 1991, S. 26.

zung dieser Entscheidung für die Beschluss fassenden Staats- und Regierungschefs gegeben ist. Schließlich wollen sie weder den Bündnispartnern noch dem „Gegner“ Gründe zum Zweifel am Zusammenhalt des Bündnisses geben.<sup>15</sup>

Das Regierungshandeln ist also prinzipiell als ein von zwei Seiten begrenztes zu denken, nämlich erstens durch die Notwendigkeit, sich auf innerstaatlicher Ebene Mehrheiten zu sichern, und zweitens durch das Ziel der Interessenwahrung auf der Ebene der internationalen Beziehungen, besonders aber auf der Bündnisebene.<sup>16</sup>

Mit der Frage nach den Gründen für die unterschiedliche Nachrüstungspolitik bei gleichsam mobilisierter Öffentlichkeit wird nun die innerstaatliche Ebene<sup>17</sup> betrachtet. Rekurrierend auf zwei Modelle der Einflussnahmemöglichkeiten öffentlicher Meinung in außenpolitischen Fragen kann die Auswahl der zu untersuchenden Faktoren begründet werden.

Die Kölner Politikwissenschaftler Alexander Höse und Kai Oppermann fragen nach den Bedingungen, unter denen die öffentliche Meinung Einfluss auf die transatlantischen Beziehungen erhalten kann. Sie gehen davon aus, dass in Fragen der transatlantischen Beziehungen mit einem Ineinandergreifen von Bottom-up- und Top-down-Prozessen zu rechnen ist. Für die Bestimmung des Einflusses der öffentlichen Meinung beschreiben sie drei zu analysierende Faktoren: Erstens die Salienz einer außenpolitischen Fragestellung in der Öffentlichkeit, die bestimmt ist von der Medienberichterstattung, dem Elitendissens zu einer Fragestellung und von der Betroffenheit der Bevölkerung; zweitens die inhaltliche Ausrichtung der öffentlichen Meinung; und drittens die institutionalisierten Einflusschancen der Öffentlichkeit auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess, die abhängig sind vom Zeitpunkt der Wahlen respektive Referenden und wiederum vom Elitendissens.<sup>18</sup>

15 Die sowjetische Rezeption der Nachrüstungsdebatten in Deutschland und Dänemark und die daraus resultierenden sowjetischen Versuche der Einflussnahme auf die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses können hier leider nicht berücksichtigt werden. Für die Bundesrepublik vgl. hierzu Zänker, Christian: Die sowjetischen Einflußstrategien zur Verhinderung des Vollzugs des NATO-Doppelbeschlusses, Frankfurt/M.. u.a. 1991. Er unterstreicht, dass die Bundesrepublik im Fokus der sowjetischen Propaganda stand und dass gerade die Positionsänderungen der SPD sehr genau wahrgenommen wurden und sofort sowjetische Reaktionen zeitigten (vgl. ebd., S. 299–307).

16 Alexander Höse und Kai Oppermann sprechen deshalb von einer „Zwei-Ebenen-Logik deutscher Außenpolitik“ Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2007, S. 40–68, S. 40).

17 Der Aspekt der gegenseitigen Beeinflussung gesellschaftlicher Akteure auf transnationalem Wege, in unserem Falle bspw. durch die Scandilux-Gruppe, muss hier ausgespart bleiben, da er zwar für die Genese der außenpolitischen Positionen der Akteure interessant sein mag, nicht aber für die innerstaatliche Durchsetzung derselben.

18 Vgl. Alexander Höse/Kai Oppermann: Die öffentliche Meinung als Katalysator für transatlantische Kooperation und Konflikte, in: Dies./Thomas Jäger (Hrsg.), Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S. 385–396, S. 389–392.

Fraglich erscheint für den vorliegenden Fall das in diesem Modell so starke Gewicht der Salienz. Sie wird in der vorliegenden Untersuchung gerade nicht im Mittelpunkt stehen, da hier zu diskutieren ist, wie gerade angesichts einer starken Salienz der Nachrüstungsentscheidung in beiden Staaten das unterschiedliche Verhalten Dänemarks und der Bundesrepublik zum NATO-Doppelbeschluss zu erklären ist. Die Faktoren „inhaltliche Ausrichtung der öffentlichen Meinung“ und „institutionalisierte Einflusschancen“ sind hier also von größerem Interesse. Allerdings müssen sie etwas weiter gefasst werden:

Die außenpolitischen Traditionen und das Verhältnis zur NATO auf Regierungsebene und auf gesellschaftlicher Ebene können zwar unter „inhaltliche Ausrichtung der öffentlichen Meinung“ begriffen werden, inhaltlich und zeitlich gehen sie über diesen Punkt aber hinaus. Hinzu kommt die Beachtung der geostrategischen Lage des jeweiligen Staates – eine in sicherheitspolitischen Zusammenhängen unumgängliche Frage. Beide Fragestellungen werden von vielen Theorien nur am Rande behandelt, sind aber von nicht zu vernachlässigendem Einfluss, da die Argumentationsmuster von Gegnern und Befürwortern der NATO-Nachrüstung durch sie geprägt sind.

Auch der dritte Punkt, „institutionalisierte Einflusschancen“, erfasst mit seiner Verengung auf die Wahltermine nur unzureichend die vom politischen System vorgegebenen Regeln der Entscheidungsfindung und Einflussnahme in sicherheitspolitischen Fragen.

In dem Modell von Thomas Risse-Kappen werden diese Faktoren eher erfasst, wo dieser für eine Analyse der „*domestic structures*“ und der „*coalition-building processes*“ als „*missing link*“ zwischen öffentlicher Meinung und der Außenpolitik von Staaten argumentiert. Sein „*mixed approach*“ ist also sowohl auf die institutionellen Rahmenbedingungen für die Durchsetzungsfähigkeit der Exekutive fokussiert als auch auf die Mechanismen der Interessenrepräsentation/-artikulation und der Konsensfindung bei den Parteien und Interessengruppen. Zu untersuchen seien erstens die politischen Institutionen und der Grad ihrer Zentralisierung, zweitens die Polarisierung der Gesellschaft und die Stärke ihrer Organisiertheit und zuletzt die Koalitionsbildungsprozesse in den Staat und Gesellschaft verbindenden *policy*-Netzwerken.<sup>19</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Risse-Kappen, Thomas: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: *World Politics* 43 (1991), S. 479–512, S. 484–486. Hier wird die Frage nach den *coalition-building processes* stärker betont als in Müller, Harald/Risse-Kappen, Thomas: Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozeß in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorie der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, Opladen 1990, S. 375–400, S. 382–388, wo eher das starke vs. schwache Staaten-Modell allein im Vordergrund steht.

Für eine angemessene Analyse der Beobachtung, dass Dänemark und Deutschland bei einer in beiden Staaten gegebenen starken Wahrnehmung der Bedrohung wie auch einer gleichsam mobilisierten Öffentlichkeit unterschiedliche Bündnispolitik generieren, müssen also jeweils vier grundlegende Aspekte berücksichtigt werden: a) Welche sicherheitspolitischen Traditionen waren ausschlaggebend und wie ist das Verhältnis zur NATO-Mitgliedschaft unter Berücksichtigung der geostrategischen Lage zu beschreiben? b) Gab es ausschlaggebende Entwicklungen im Parteiensystem? c) Wie verhielt sich die Sozialdemokratische Partei vor diesem Hintergrund?<sup>20</sup> d) Nach welchen Regeln erfolgte die sicherheitspolitische Entscheidungsfindung und wie konnte sie beeinflusst werden?

## 2. Der NATO-Doppelbeschluss in Dänemark

Die dänische Regierung, eine Minderheitsregierung der Sozialdemokraten unter Staatsminister Anker Jørgensen, akzeptierte in Brüssel am 12. Dezember 1979 den NATO-Doppelbeschluss. Charakteristisch für die dänische Nachrüstungspolitik in den folgenden Jahren waren einige Besonderheiten und Vorbehalte.<sup>21</sup> Dazu zählt (noch vor dem 12. Dezember 1979) der vergebliche Vorschlag auf dem NATO-Ratstreffen, die Stationierungsentscheidung noch sechs Monate zugunsten von möglichen Abrüstungsgesprächen mit der UdSSR aufzuschieben.<sup>22</sup>

Im Herbst 1982 wurde die sozialdemokratische Regierung von einer konservativ-liberalen Koalition (*Det Konservative Folkeparti, Venstre, Centrum-Demokraterne, Kristeligt Folkeparti*), der so genannten Vierer-Kleeblattregierung (*firkløverregeringen*) unter Staatsminister Poul Schlüter, abgelöst. Der Wahlkampf und die weitere öffentliche Debatte dieser Wochen waren eher von den zu bewältigenden ökonomischen Problemen denn von Nachrüstungsfragen bestimmt. Dies sollte sich jedoch bald ändern. Die Friedensbewegung formierte sich und

20 Die bei Risse-Kappen (Public Opinion, S. 486) in diesem Kontext vorgenommene Unterscheidung zwischen staatlich oder gesellschaftlich dominierte Strukturen und demokratischem Korporatismus wird hier in der Form nicht eigens durchgeführt, da für beide Staaten ein demokratischer Korporatismus vorausgesetzt wird.

21 Zugunsten der oben bereits begründeten systematischen Betrachtung wird hier auf eine chronologische Darstellung der Ereignisse weitestgehend verzichtet. Sie ist in der Literatur überall zu finden.

22 Vgl. Villaume, Poul: Denmark and NATO through 50 Years, in: Danish Foreign Policy Yearbook 3 (1999), S. 29-61, S. 43f.

artikulierte ihre Vorstellungen.<sup>23</sup> Noch deutlicher wurden die konfligierenden gesellschaftlichen Positionen zu Atomwaffen und NATO-Politik in den Debatten und Abstimmungen im *Folketing*.

Von Dezember 1982 bis April 1988 wurden durch eine so genannte alternative Mehrheit (*det alternative flertal*) im *Folketing* 27 durch die Sozialdemokraten eingebrachte Entschließungsanträge zu sicherheitspolitischen Themen (*sikkerhedspolitiske folketingsdagsordener*) verabschiedet.<sup>24</sup> Diese Entschließungsanträge standen den NATO-Interessen entgegen und zwangen die dänische Regierung zwischen 1983 und 1986 23 Mal entgegen ihrer eigenen Position dänische Vorbehalte (die so genannten Fußnoten<sup>25</sup>) in NATO-Beschlüsse einzubringen. Sie nahm also in Kauf, dass sie auf dem Politikfeld Außenpolitik nicht mehr uneingeschränkt regierte. Seitens der Bündnispartner wurde dieses Verhalten mit Besorgnis registriert, denn die Zuverlässigkeit des NATO-Mitglieds Dänemark schien auf dem Spiel zu stehen.<sup>26</sup>

23 Zur dänischen Friedensbewegung vgl. Haagerup, Niels Jørgen: The Nordic Peace Movements, in: Laqueur, Walter/Hunter, Robert (Hrsg.): European Peace Movements and the Future of the Western Alliance, New Brunswick/Oxford 1985, S. 144–165, S. 156–159; Krasner, Michael A./Petersen, Nikolaj: Peace and Politics: The Danish Peace movement and its Impact on National Security Policy, in: Journal of Peace Research 23 (1986), S. 155–173, S. 156–162.

24 *Dagsordener* werden zum Abschluss einer Parlamentsdebatte, die jeder Abgeordnete durch eine Anfrage an einen Minister initiieren kann, erstellt. Sie formulieren den Konsens der Parlamentsmehrheit zu einem Thema und können Handlungsanweisungen an die Regierung beinhalten, vgl. Ellemann-Jensen: Fodfejl, S. 124. Von 1982 bis 1988 wurden 24 dieser 27 von der Regierung Schlüter nicht mitgetragenen *dags-orden* verabschiedet. Der genaue Wortlaut der Entschließungsanträge ist dokumentiert in Erik Boel: Socialdemokratiets atomvåbenpolitik 1945–1988, Kopenhagen 1988, S. 233–240; sowie bei Ellemann-Jensen: Fodfejl, S. 123, 131f., 137f., 155f., 167f., 171–175, 181, 190f., 198f., 201, 206–212, 216f., 221f., 133f., 237, 239ff., 246f., 265, der sie zudem aus Sicht der damaligen Regierung im Kontext der damaligen Debatte kommentiert.

25 Es handelt sich um die dänischen Vorbehalte, die zwischen 1983 und 1986 nach Zählung der Verf. in 23 Kommuniqués des North Atlantic Council (NAC), der Nuclear Planning Group (NPC) und des Defense Planning Committee (DPC) eingetragen wurden. Sie betreffen die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses sowie das SDI-Programm. Anfangs waren diese Vorbehalte noch recht differenziert formuliert, so z. B. "The Danish Minister of Defence repeated Danish Government support for the double track decision but at the same time he presented to his colleagues the motion passed by the Folketing on 26 May" (DPC-Abschluss-Kommuniqué, Brüssel 01./02. Juni 1983. Für alle in dieser Anmerkung zitierten Dokumente: <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c830602a.htm> und NAC-Abschluss-Kommuniqué, Paris 09./10. Juni 1983. <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c830610a.htm>. Ähnlich: NPC-Abschluss-Kommuniqué, Montebello (Kanada) 27./28. Oktober 1983. <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c831028a.htm>, alle zuletzt abgerufen am 05. Februar 2008). Später waren die Formulierungen summarischer, z.B. hieß es nur noch "Denmark and Greece reserve their positions on the INF part of this Communiqué." (NAC-Abschluss-Kommuniqué, Washington 29.–31. März 1984. <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c840531a.htm>). Oder: "Denmark reserved its position on INF and space and defence systems." (NPC-Abschluss-Kommuniqué, Gleneagles 21./22. Oktober 1986, Ziffer 12. <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c861022a.htm>). Kortmann irrt also, wenn er von lediglich „zwei Fußnoten“ in den Jahren 1983 und 1985 spricht und angesichts der unverändert gebliebenen NATO-Strategie vor deren Überbewertung warnt. Vgl. Kortmann, Jürgen: Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks, Bochum 1994, S. 213.

26 So befürchtete man bspw. eine "Denmarkisation" anderer NATO-Staaten, vgl. Villaume: Denmark and NATO, S. 43f, auch Kortmann: Außenpolitik, S. 204ff. Ellemann-Jensen: Fodfejl, S. 119–287, betont in seiner Interpretation dieser Phase der dänischen NATO-Politik den Vorwurf der Unzuverlässigkeit, den er primär an die dänischen Sozialdemokraten richtet, sehr stark, wie auch schon der Titel der Monographie zum Ausdruck bringt "Fodfejl. Da Danmark svigtede under den kolde krig", dt.: „Fußfehler. Als Dänemark im Kalten Krieg versagte“.

## 2.1 Die sicherheitspolitischen Traditionen

### 2.1.1 Die Haltung zur NATO

Dänemarks Haltung zu seiner NATO-Mitgliedschaft war von Anfang an gespalten. „*Allieret med forbehold*“<sup>27</sup> nennt der dänische Historiker Poul Villaume dieses Phänomen treffend. Der dänische<sup>28</sup> Politikwissenschaftler Carsten Holbraad spricht von Dänemark als einem „*half-hearted partner*“.<sup>29</sup> Der Umstand ist aus den sicherheitspolitischen Traditionen des Landes und seiner jüngeren Geschichte zu erklären.<sup>30</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich Dänemark einer Neutralitätspolitik verschrieben, deren Wirkungslosigkeit nach der Besetzung im Jahr 1940 durch die Deutschen unter Hitler erwiesen schien. Die Erinnerung an die deutsche Besetzung trug maßgeblich dazu bei, dass der dänische Beitritt zur NATO eine parlamentarische Mehrheit fand.

Weiterhin erklärt sich die Notwendigkeit der NATO-Mitgliedschaft für Dänemark durch seine besondere, exponierte geostrategische Lage. Von Dänemark aus kann der Zugang zur Ostsee kontrolliert werden (daher das Wort von der Rolle als „*Østersøens dørvogter*“<sup>31</sup>). In allen militärischen Planspielen im Kalten Krieg – auf Seiten des Warschauer Paktes genauso wie auf Seiten der NATO – spielte Dänemark deshalb eine wichtige Rolle. Ganz vom Meer umgeben, wurde dann auch die einzige Land-Grenze Dänemarks, die Grenze zu Deutschland, aufgrund der historischen Erfahrungen als Risikofaktor wahrgenommen. Dies galt ganz besonders, nachdem 1955 die Entscheidung zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO gefallen war. Gleichzeitig war abzusehen, dass die militärischen Ressourcen und Möglichkeiten der Dänen ihrer Position nicht würden gerecht werden können. Der UdSSR gegenüber war Dänemark deshalb auf eine Politik der Nicht-Provokation bedacht.

27 Dt.: „Verbündet mit Vorbehalt“. Villaume, Poul: *Allieret med forbehold. Danmark, NATO og den kolde krig. En studie i dansk sikkerhedspolitik 1949-1961*, Kopenhagen 1995.

28 Gleichwohl war Holbraad an verschiedenen Instituten im angelsächsischen Raum tätig, u.a. an der London School of Economics. Er arbeitete u.a. mit Hedley Bull in der Nachfolge Martin Wights.

29 Holbraad, Carsten: *Denmark, Half-Hearted Partner*, in: Ørvik, Nils (Hrsg.): *Semialignment and Western Security*, New York 1986, S. 15-60.

30 Die im Folgenden beschriebenen Aspekte stellen den common sense eines großen Teils der Literatur zum Thema dar. Neben Villaume: *Allieret*, bes. S. 841-866, für die Zeit bis 1961 und Holbraad: *Denmark*, sowie ders.: *Danish Neutrality. A Study in the Foreign Policy of a Small State*, Oxford 1991, S. 108-196 (entspricht zum größten Teil dems.: *Denmark*); z.B. auch bei Villaume: *Denmark and NATO*, S. 29-43; Bomsdorf, Falk: *Sicherheit im Norden Europas. Die Sicherheitspolitik der fünf nordischen Staaten und die Nordeuropapolitik der Sowjetunion*, Baden-Baden 1989, S. 43-62; Miller, Kenneth M: *Denmark. A troubled Welfare State*, Boulder u. a. 1991, S. 165-171, S. 173-175; Kortmann: *Außenpolitik*, S. 149-158, S. 183-200, S. 286-294.

31 Jensen, Bent: *Sovietunionen og Danmark: Østersøens herre og Østersøens dørvogter*, in: *Slavisk Institut, Odense Universitet* (Hrsg.): *Sovietunionen og Norden*, Odense 1984, S. 49-61, S. 49.

Zugleich war jedoch klar, dass Dänemark sich in seiner exponierten Lage dauerhaft nur durch Verbündete würde schützen können. Die Idee eines nordischen Verteidigungsbündnisses kam zwar immer wieder auf<sup>32</sup>, konnte aber in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg genauso wie in späterer Zeit nicht verwirklicht werden, da die nordischen Staaten mit ihren jeweils höchst unterschiedlichen historischen Erfahrungen, Sicherheitspolitiken und -bedürfnissen keine diesbezügliche Übereinkunft erzielen konnten. Für die europäischen NATO-Staaten, v.a. aber für die USA war der Beitritt Dänemarks sehr wünschenswert, denn neben der erwähnten Kontrolle des Ostseezugangs waren mit Grönland auf der einen und der kleinen Insel Bornholm auf der anderen Seite zwei strategisch wichtige Punkte für die Waffenstationierung<sup>33</sup> einerseits und die Überwachung der Staaten des Warschauer Paktes andererseits nutzbar.

An dieser Stelle waren aber auch die Konfliktfelder einer dänischen NATO-Mitgliedschaft angesiedelt. (Atom-)Waffenstationierungen gegenüber zeigte sich die öffentliche Meinung in Dänemark genauso abgeneigt wie gegenüber Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes. Tendenziell herrschte die Ansicht vor, Atomwaffen seien v.a. als politische Waffen zu sehen. Die Wahrnehmung der NATO als eines militärischen Verteidigungsbündnisses wandelte sich in der Bevölkerung im Verlaufe des Kalten Krieges und vor allem während der Jahre der Entspannung hin zu einer Wahrnehmung der NATO als politisches Instrument.<sup>34</sup>

Dieser Haltung entsprach die dänische NATO-Politik, insofern immer wieder Vorbehalte geltend gemacht wurden. Am 05. Oktober 1953 lehnte die dänische sozialdemokratische Regierung unter Staatsminister Hans Hedtoft die Stationierung von NATO-Bombern auf dänischem Festland in Friedenszeiten ab. 1957/1958 kam die dänische Absage an die Nuklearisierung der NATO-Verteidigungsdoktrin. Zu dieser Zeit wurde die Formel etabliert, dass „*under de nuværende forudsætninger*“<sup>35</sup> keine Stationierungen von Atomwaffen auf dänischem Boden zugelassen werden würden. Diese Einzelfall-Begründung wurde dann zur verallgemeinerten, formel-

32 S. Kapitel 2.1.2.

33 Die Grönlandfrage zeigt die Ambivalenz dänischer Sicherheitspolitik im öffentlichen Beharren auf einer Atomwaffenfreiheit Dänemarks bei gleichzeitiger stillschweigender Akzeptanz amerikanischer Atomwaffen auf Grönland, vgl. Villaume: Denmark and NATO, S. 32, dort auch weitere Literatur zum Thema. Selbst in der Fachliteratur hat sich aber lange die offizielle Version gehalten, vgl. z.B. Bomsdorf: Nordeuropapolitik, S. 60, wo er von einer Atomwaffenfreiheit Grönlands ausgeht.

34 Vgl. Bomsdorf: Nordeuropapolitik, S. 45f.

35 Dt.: „unter den gegenwärtigen Voraussetzungen“, so der sozialdemokratische dänische Staats- und Außenminister Hans Christian S. Hansen am 16. Dezember 1957 vor dem NATO-Rat. In den folgenden Jahren wurde die Formel zwar variiert (z.B. „*nuværende situation/omstændigheder*“) nicht aber aufgegeben, vgl. die Dokumentation Boel, Erik: Atomvåben på dansk territorium, skiftende formuleringer, in: Boel, Erik (Hrsg.): Socialdemokratiets atomvåbenpolitik 1945-1988, Kopenhagen 1988, S. 240-246, S. 240.

haften Argumentationsgrundlage ausgebaut, auf die die nachfolgenden Regierungen gerne rekurrten. Auch der von den Bündnispartnern immer wieder erhobene Forderung nach einer Erhöhung des dänischen Verteidigungshaushaltes wurde nur widerwillig und aus Sicht der Bündnispartner spärlich nachgekommen. Von Seiten der Dänen wurde diese Haltung auch mit der Notwendigkeit begründet, die Zustimmung der Bevölkerung zur Bündnispolitik nicht gefährden zu wollen, und diese nur durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates festigen zu können.<sup>36</sup>

Durchgängig zeigte sich, dass die Gratwanderung der dänischen NATO-Politik zwischen dem Erhalt der Schutzgarantie einerseits und den Versuchen sich von der NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung zu distanzieren immer auch innenpolitische Gründe hatte.<sup>37</sup> Der im dänischen Verteidigungsministerium tätige dänische Politikwissenschaftler Jonathan S. Agger lenkt den Blick auf Dänemarks innenpolitische Interessen bei seinem Beitrag zur Sicherheitspolitik in den Jahren 1966/1967, der nach gängiger Ansicht in einer Stärkung des Détente-Gedankens bestanden habe. An der Rolle Dänemarks bei der Initiierung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie bei der Durchsetzung des Harmel-Berichts als Doktrin der Sicherheitspolitik im Bündnis sei erkennbar, dass die dänische Regierung ihre Entscheidungen vorrangig aus innenpolitischen Erwägungen heraus getroffen habe. Das Ablaufen der im NATO-Vertrag vorgesehenen Frist von 20 Jahren, nach der die Mitgliedschaft nach Jahresfrist gekündigt werden konnte, habe die Stärkung der Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft in der kritischen dänischen Öffentlichkeit notwendig gemacht, was durch eine Betonung des Détente-Gedankens erreicht werden sollte.<sup>38</sup>

Dieser Hintergrund lässt die Fußnotenpolitik in der Tradition des „*Allieret med forbehold*“ stehend erscheinen. Mehr noch: auf der Basis des pazifistischen und neutralistischen Gedankenguts, das in der Nachkriegsgeschichte Dänemarks bis in die auch in sicherheitspolitischen Fragen häufig innenpolitisch motivierten Regierungsentscheidungen hinein seinen Ausdruck gefunden hat, wirkt sie kaum ungewöhnlich. Eine Besonderheit dieser sicherheitspolitischen Grundhaltung ist die Idee vom atomwaffenfreien Norden.

36 Vgl. Holbraad: Denmark, S. 21-27; sowie Villaume: Denmark and NATO, S. 32-37; Zu den Hintergründen der Genese der dänischen Nuklearpolitik vgl. Jonathan Søborg Agger/Lasse Wolsgaard: All Steps Necessary: Danish Nuclear Policy 1946-1960, in: Journal of Contemporary European History 15 (2006), S. 67-84, bes. auf S. 80-83 weisen sie auf die auch wahltaktischen Gründe für die dänische Ablehnung hin. Das Ziel sei, dass die Entscheidungsgewalt über die Atomwaffen eine politische, keine militärische bleibe. In der Stationierungsabsage „unter den bestehenden Umständen“ sehen sie das Besondere, nämlich die Flexibilität der dänischen Position.

37 Das sieht Bomsdorf (Nordeuropapolitik, S. 46) leider nicht, wenn er die Zweigleisigkeit dänischer Sicherheitspolitik in dem Nebeneinander von Erhalt der Sicherheit und Vermeidung jeglicher Provokation der UdSSR ausmacht und damit allein alle dänischen Vorbehalte erklärt.

38 Vgl. Agger, Jonathan Søborg: Striving for détente. Denmark and NATO, 1966-67, in: Wenger, Christian/ Nuenlist, Christian/Locher, Anna: Transforming NATO in the Cold War. Challenges beyond Deterrence in the 1960s, London u.a. 2007, S. 183-200, bes. S. 195ff; implizit auch bei Villaume: Denmark and NATO, S. 39.

## 2.1.2 Die Idee vom atomwaffenfreien Norden

Die Zusammenarbeit der nordischen Staaten hatte sich seit Ende der 1940er Jahre auf zwischenstaatlicher Ebene nur unter Ausklammerung der außen- und sicherheitspolitischen Fragen etablieren lassen.<sup>39</sup> Von Seiten der UdSSR im Jahr 1957 lancierte Vorschläge zur Einrichtung einer von Atomwaffen freien, so genannten Friedenszone im Norden wurden in den Folgejahren lediglich von Finnland und Schweden, nicht aber von Norwegen und Dänemark aufgegriffen und konnten so keine breitere Wirkung erzielen. Es ist kennzeichnend für das Zerbrechen des innenpolitischen Konsenses über die Sicherheitspolitik in Dänemark, dass mit der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss die nordische Alternative von den Nachrüstungsgegnern in Politik und Öffentlichkeit wieder als Argument eingebracht wurde – in diesem Falle durch den Vorschlag der Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone (NWFZ) im Norden. Die Einrichtung einer solchen hätte für Dänemark aufgrund der Mitgliedschaft in der NATO besonders einschneidende Folgen gehabt, gleichzeitig hätte es an der seit 1957 de facto (mit Ausnahme Grönlands) bestehenden Nuklearwaffenfreiheit Dänemarks wie auch derjenigen der übrigen vier Staaten nichts geändert.<sup>40</sup>

Dementsprechend kontrovers waren die Meinungen zu dieser Frage. Es können drei Positionen unterschieden werden: Die unbedingte Befürwortung einer NWFZ, ihre bedingte Befürwortung in einem größeren europäischen Rahmen und ohne NATO-Austritt sowie eine unbedingte Ablehnung. Im parteipolitischen Spektrum kann die unbedingte Ablehnung bei den Regierungsparteien verortet werden, die Sozialdemokraten standen für die bedingte Befürwortung mit Einbeziehung der Ostsee und der Kola-Halbinsel, während die äußerste Linke eine unbedingte Befürwortung favorisierte.<sup>41</sup>

39 Alternativen zur Einbindung Dänemarks in das transatlantische Bündnis wurden immer wieder diskutiert. Schon in der frühen Nachkriegszeit, vor dem NATO-Beitritt, wurde über eine nordische Verteidigungsgemeinschaft als Alternative nachgedacht, ohne hierbei eine Einigung erzielen zu können. Die Sicherheitslage Dänemarks und Norwegens unterschied sich gravierend von derjenigen Schwedens. Zudem hatte die Idee des Neutralismus durch die Besetzung Dänemarks und Norwegens während des Zweiten Weltkrieges in den beiden Staaten an Überzeugungskraft verloren, während Schweden derartige Erfahrungen und somit auch die verteidigungs- und sicherheitspolitischen Konsequenzen für ein Verteidigungsbündnis nicht teilen konnte. Hinzu kam als dritte Position die besonders prekäre Sicherheitslage Finnlands. Zudem wurde klar, dass nur die USA die für das Bündnis benötigten Waffen würden liefern können, vgl. die Literatur in Anm. 30. So wurde zwar in der Folgezeit auf den verschiedensten Ebenen (als die wichtigsten sind der Nordische Rat (*Nordisk Råd*) und der Nordische Ministerrat (*Nordisk Ministerråd*) zu nennen) die nordische Zusammenarbeit etabliert. Sie beschränkte sich allerdings auf Politikfelder, die nicht direkt die Sicherheits- und Verteidigungspolitik tangierten. Das so genannte nordische Gleichgewicht wurde stets im Auge behalten, vgl. Kortmann: Außenpolitik, S. 289–294; sowie Nannestad, Peter: Das politische System Dänemarks, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen 1999, S. 55–91, S. 89ff.

40 Vgl. Kortmann: Außenpolitik, S. 200ff.

41 Vgl. Bomsdorf: Nordeuropapolitik, S. 244.

1980 reagierte die sozialdemokratische Regierung unter Staatsminister Anker Jørgensen auf die öffentliche sicherheitspolitische Debatte und setzte mit dem „Ausschuss für Sicherheits- und Abrüstungspolitik“ (*Det sikkerheds- og nedrustningspolitiske Udvalg*) ein Gremium ein, dem die Auslotung der dänischen sicherheitspolitischen Optionen aufgetragen wurde. 1982 gab der Ausschuss einen Bericht zur NWFZ-Frage heraus, in dem die oben beschriebenen Standpunkte dargestellt wurden und schließlich eine vorsichtige Mittelposition eingenommen wurde.<sup>42</sup> 1985 folgte der so genannte Dyvig-Report.<sup>43</sup> In Bezug auf die NWFZ wurden nicht nur genauso wie in dem Bericht von 1982 die beiden Extrempositionen abgelehnt, im Sinne der „realpolitischen Sicht“<sup>44</sup> der Regierung Schlüter wurde unterstrichen, dass Dänemark auf den Schutz durch die NATO angewiesen sei. Deshalb seien Verhandlungen mit den Bündnispartnern der wichtigste Weg, dies vor allem, um die dänischen Mitsprachemöglichkeiten in Bezug auf die NATO-Strategie zu erhalten. Diese Überlegung war nur konsequent, denn die Einrichtung einer NWFZ hätte das nukleare Risiko, das schon allein wegen der geostrategischen Lage Dänemarks gegeben war, nicht vermindert, die dänischen Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der Verteidigung Dänemarks aber stark beschnitten. Eine offizielle absolute Negation der dänischen Nuklearkoption wäre schließlich einem Ausscheiden aus der NATO gleichgekommen.<sup>45</sup>

Trotz der Ablehnung der NWFZ-Idee durch die Regierung darf nicht übersehen werden, dass mit der NWFZ eine tatsächliche Alternative in der öffentlichen und politischen Diskussion vorhanden war, die auf höchster politischer Ebene diskutiert wurde, die sogar in von der Regierung in Auftrag gegebenen Studien analysiert wurde. Die NWFZ wurde also als echte Alternative auch auf Seiten der Regierung und von Seiten der anderen nordischen Staaten ernst genommen. Gleichzeitig wird aber angesichts der parteipolitischen Konfliktlinien in dieser Frage und angesichts der hohen Zustimmung der dänischen Bevölkerung zur NWFZ<sup>46</sup> deutlich, dass die NWFZ-Frage unter dem Einfluss innenpolitischer, näherhin parteipolitischer Erwägungen verhandelt wurde, deren Grundvoraussetzungen zunächst zu klären sind.

42 *Det sikkerheds- og nedrustningspolitiske Udvalg* (Hrsg.): *Dansk sikkerhedspolitik og forslagene om Norden som atomvåbenfri zone*, Kopenhagen 1982.

43 *Det sikkerheds- og nedrustningspolitiske Udvalg* (Hrsg.): *Danmarks sikkerhedspolitiske situation i 1980'ern*, Kopenhagen 1985.

44 Kortmann: *Außenpolitik*, S. 203.

45 Zu beiden Berichten und der hier dargestellten Wertung vgl. Bomsdorf: *Nordeuropapolitik*, S. 245–250; sowie Kortmann: *Außenpolitik*, S. 202ff.

46 Vgl. die Umfragedaten ebd., S. 204.

## 2.2 Die Veränderungen im Parteiensystem

Zwei Besonderheiten des dänischen Parteiensystems<sup>47</sup> sind für die Frage nach der innenpolitischen Dimension von Sicherheitspolitik von besonderem Interesse: zum einen die zunehmende Zersplitterung des Parteienspektrums, zum anderen die Konsensorientierung des dänischen Parlamentarismus mit häufigen informellen ad hoc gebildeten Koalitionen und Absprachen.

Nachdem bis Ende der fünfziger Jahre im dänischen Parlament vier etablierte Parteien dominierten<sup>48</sup>, kam es durch die Formierung der Sozialistischen Volkspartei (*Socialistik Folkeparti*), einer Abspaltung von den Kommunisten, von der sich nach einigen Jahren noch einmal die Linkssozialisten (*Venstresocialisterne*) abspalteten, zu einer ersten Verschiebung, die die Sozialdemokraten einige linke Wählerstimmen kostete. Die drei Parteien der äußersten Linken waren seitdem abwechselnd mit relativ kleiner Mandatszahl im *Folketing* vertreten.

Es ist die so genannte „Erdrutschwahl“ („*jordskredsvalget*“) von 1973, die prägend für das dänische Parteiensystem der folgenden Zeit war. Zehn Parteien anstatt wie bisher fünf bzw. sechs waren nun im *Folketing* vertreten. Hinzu kamen die Fortschrittspartei (*Fremskridtspartiet*), die Zentrumsdemokraten (*Centrums-Demokraterne*), die Christliche Volkspartei (*Kristeligt Folkeparti*) und die Gerechtigkeitspartei (*Danmarks Retsforbund*). Interessanterweise etablierte sich – auch in der Folgezeit nicht – keine Partei mit einem dezidiert grünen Profil, *De Grønne* konnten sich nicht durchsetzen.<sup>49</sup>

Durch diese Entwicklung wurde für die einzelnen Parteien die Identitätsfindung und Abgrenzung voneinander (auch) in sicherheitspolitischen Fragen zugleich

47 Die Rolle der dänischen Parteien entspricht nicht derjenigen, die Parteien bspw. in der Bundesrepublik ausfüllen. Sie haben keinen Verfassungsrang und fallen rechtlich unter das Vereinsrecht. Nicht zuletzt deshalb hat die Parteiorganisation traditionell nicht soviel Gewicht gegenüber der Fraktion im Parlament, wobei diese Beobachtung weniger für die Sozialdemokratie gilt, wo es wenigstens ein formales Gleichgewicht von Fraktion und Parteiorganisation gibt, noch weniger gilt sie für die Sozialistische Volkspartei. Vgl. Eysell, Maria: Parteipolitik im Schatten des Minderheitsparlamentarismus: Parteien und Fraktionen in Dänemark, in: Helms, Ludger (Hrsg.): Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich, Opladen 1999, S. 171–196, S. 172f., S. 183–187. Dieser Stellung entspricht die Literaturlage. Es gibt gerade bis zu den 1990er Jahren kaum Studien zu den innerparteilichen Abläufen der Entscheidungsfindung und -formulierung.

48 Die Sozialdemokraten (*Socialdemokratiet*), die Konservativen (*Det Konservative Folkeparti*), die Liberalen (*Venstre*) und die Radikalliberalen (*Det Radikale Venstre*), dazu kamen noch die Kommunisten (*Kommunist Parti Danmark*).

49 Zum Parteiensystem und den einzelnen Parteien vgl. Eysell: Parteipolitik, bes. S. 182–193. Zur Fortschrittspartei, den so genannten „neuen cleavages“ als Gründe ihrer Entstehung und warum sie deshalb mehr als eine bloße Protestpartei ist vgl. Andersen, Jørgen Goul/Bjørklund, Tor: Struktureller Wandel, neue Konfliktlinien und die Fortschrittsparteien in Dänemark, Norwegen und Schweden, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hrsg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt/M. / New York 1994, S. 57–89. Zu den drei konservativen Parteien im so genannten „bürgerlichen“ Block vgl. Eysell, Maria: Die Konservative Volkspartei; die christliche Volkspartei und die Zentrumsdemokraten Dänemarks: Drei Wettbewerber im bürgerlichen Lager, in: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa 4. Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Paderborn u.a. 1994, S. 327–500.

## > regierungslehre

notwendiger und komplizierter. Die einzelnen Parteien unterschieden sich auf Grund dieser Ausdifferenzierung häufig nur in bestimmten Fragen, man kann von einem „Wettbewerb unter den programmatisch miteinander verwandten Parteien“<sup>50</sup> sprechen. Zudem wurde die Mehrheitsfindung erschwert, keine der bisherigen Konstellationen für Regierungsmehrheiten funktionierte mehr.

Besondere Bedeutung kam den so genannten Mitte-Parteien zu, die nicht selten zum Zünglein an der Waage wurden<sup>51</sup> – so auch nach 1982. Die Konservative Volkspartei konnte die Liberalen, die Christliche Volkspartei und die Zentrumsdemokraten zu einer Regierungskoalition verbinden, die von den Radikalliberalen in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht unterstützt wurde. In sicherheitspolitischen Fragen wie auch in solchen der Umweltpolitik stimmten die Radikalliberalen im *Folketing* aber auf Seiten der Sozialdemokratie. Auf diese Weise bildete die Radikalliberale Partei, die nicht Teil der Regierungskoalition war, das Zünglein an der Waage der Abstimmungen im Parlament.<sup>52</sup>

Eine zeitgenössische Untersuchung zur dänischen Friedensbewegung merkt bereits an, dass das Entstehen von neuen sozialen Bewegungen zwar als ein Hinweis auf die die Schwäche der Parteien im Allgemeinen und das Versagen der Sozialdemokratie im Besonderen verstanden werden könne. Gleichzeitig müssten die Bewegungen aber einen Einflussweg in und durch die Parteien finden, um überhaupt Veränderungen erwirken zu können. Hierbei wird für Dänemark ein „specific paradox“<sup>53</sup> konstatiert: Zwar sei die dänische Friedensbewegung zahlenmäßig nicht sehr stark, außerdem sehr zersplittert und werde von den regierenden Parteien argwöhnisch beäugt. Trotzdem sei für die 1980er Jahre zu beobachten, dass die dänische Sicherheitspolitik sich den Forderungen der Friedensbewegung vielleicht mehr angenähert habe als das bei jeder anderen Regierung eines NATO-Staates der Fall sei.<sup>54</sup>

Dies lag vor allem in dem parlamentarischen Druck der alternativen sicherheitspolitischen Mehrheit begründet, deren Herzstück die Sozialdemokraten bildeten. Die Sozialdemokraten jedoch hatten die Regierungsmacht verloren und mussten selbst eine stimmige Gegenposition in Abgrenzung zur den Regierungsparteien aber auch in Bezug auf die extremen Linksparteien entwickeln. Angesichts dessen

50 Eysell: Konservative Volkspartei, S. 331.

51 Vgl. Eysell, Maria: Der dänische Minderheitsparlamentarismus der achtziger Jahre, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 6 (1996), S. 375–407, S. 382f.

52 Vgl. Kortmann: Außenpolitik, S. 206.

53 Krasner/Petersen: Peace and Politics, S. 155.

54 Vgl. ebd., S. 155.

ist auch die Interpretation möglich, dass nun die linken Parteien zum ersten Mal Einfluss auf den sozialdemokratischen Prozess der Politikformulierung nahmen, sie hatten „agenda-setting power“. Dadurch waren vielleicht die vier Regierungsparteien konservativer und NATO-freundlicher denn je.<sup>55</sup>

### 2.3 Der Kurswechsel der *Socialdemokratiet*

Für die dänischen Sozialdemokraten<sup>56</sup> wurde der NATO-Doppelbeschluss mit der folgenden Nachrüstungsdebatte zu *dem* beherrschenden Thema der 1980er Jahre, allerdings erst nach dem Regierungswechsel 1982.

Zunächst war die Nachrüstung für die Sozialdemokraten kein wichtiges Thema gewesen, vor allem nicht in öffentlichen Diskussionen. Während der Regierungszeit der dritten Regierung Jørgensen (30. August 1978–26. Oktober 1979), einer Koalition der Sozialdemokraten mit den Liberalen, gab es einen liberalen Außenminister (Henning Christophersen) und einen sozialdemokratischen Verteidigungsminister (Poul Søgaard). Beide arbeiteten, wie P. Villaume bemerkt, größtenteils unkoordiniert vor allem aber unter Umgehung sämtlicher potenzieller Streitfragen, um die Koalition nicht zu gefährden. Deswegen seien sie auf die ernststen Kontroversen der anstehenden INF-Nachrüstungsfragen schlecht vorbereitet gewesen.<sup>57</sup> In dieses Bild passt auch die Beobachtung des dänischen Politikwissenschaftlers Erik Boel, der 1988 eine umfassende Studie über die Atomwaffenpolitik der dänischen Sozialdemokraten vorgelegt hat: Von sozialdemokratischer Seite war man in der den Weg der Beschlussfassung betreffenden Informationspolitik für die Öffentlichkeit „*temmelig tilbageholdende*“<sup>58</sup> gewesen. Am 17. Mai 1979 nahm die Regierung im *Folketing* zum ersten Mal öffentlich Stellung zum NATO-Doppelbeschluss, als Verteidigungsminister Poul Søgaard eine Anfrage der Sozialistischen Volkspartei beantwortete. Er unterstrich, dass die Regierung hinter dem Vorhaben stehen würde.<sup>59</sup>

Auch die beiden sozialdemokratischen Folgeregerungen unter Staatsminister Jørgensen<sup>60</sup> betonten die Notwendigkeit einer Antwort auf die sowjetische Bedrohung, namentlich durch die steigende Zahl der SS-20-Raketen. Daneben wurde die Not-

55 Diese Interpretation findet sich bei Petersen, Nikolaj: *The Security Policies of Small NATO Countries: Factors of Change*, in: *Cooperation and Conflict* 23 (1988), S. 145–162, S. 158.

56 Angesichts des oben beschriebenen Primats der Parlamentsfraktion, wird ihr in diesem Kapitel eine größere Aufmerksamkeit zuteil als den Parteigremien.

57 Vgl. Villaume: *Denmark and NATO*, S. 42 Anm. 11.

58 Dt: „ziemlich zurückhaltend“, Boel: *Atomvåben*, S. 145.

59 Vgl. ebd., S. 148.

60 Amtszeiten: 26. Oktober 1979 – 08. Dezember 1981 und 30. Dezember 1981 – 03. September 1982.

wendigkeit der Bündnissolidarität betont, die auch im Falle kleinerer Uneinigkeiten gewährleistet sein müsse. Auch die anlaufenden Vorbereitungen zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa wurden mitgetragen.<sup>61</sup>

Nach dem Regierungswechsel am 10. September 1982 radikalisierte sich die sozialdemokratische Haltung in Bezug auf die NATO-Politik deutlich.<sup>62</sup> Beginnend mit dem ersten Entschließungsantrag vom 07. Dezember 1982 mit der Forderung nach einer Verweigerung eines dänischen Beitrags zum NATO-Strukturprogramm, das schließlich Teil des NATO-Doppelbeschlusses war, wandte sich die sozialdemokratische Partei zunächst gegen die Nachrüstung im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses, dann wurde die Rolle Dänemarks in der NATO auch anhand anderer Fragen zur Diskussion gestellt. Die 1982 bis 1988 mit den Stimmen der alternativen Mehrheit im *Folketing* verabschiedeten Entschließungsanträge richteten sich achtmal gegen die Nachrüstung, dreimal gegen die Nuklearstrategie des Bündnisses, dreimal gegen einen nuclear first strike, zweimal gegen die SDI-Pläne. Viermal forderten sie von der Regierung Bemühungen für eine NWFZ, dreimal eine konsequentere Haltung in Fragen der Nuklearpolitik.<sup>63</sup>

Ob man angesichts dieser Stellungnahmen den Schluss ziehen kann, im Konflikt zwischen Regierung und sozialdemokratischer Opposition sei die Frage der dänischen Haltung gegenüber Atomwaffen, nicht aber ein Ausstieg aus der NATO entscheidend gewesen<sup>64</sup>, muss allerdings differenziert beantwortet werden. Zwar war die *Socialdemokratiet* gemäßiger in ihren Forderungen als die Parteien der extremen Linken, die einen sofortigen Ausstieg aus dem Bündnis befürworteten, auch zeigten sich bei der Verabschiedung des dänischen Verteidigungshaushaltes für die nächsten drei Jahre im Jahr 1984 in der Verteidigungspolitik Kompromissmöglichkeiten mit der Regierung Schlüter.<sup>65</sup> Es bleibt jedoch zu bedenken, dass die Vorbehalte, die die Entschließungsanträge von der dänischen Regierung forderten, kaum Auswirkungen auf die Umsetzung der NATO-Strategie durch die Bündnisstaaten hatten. Dies lag zum einen in den Bemühungen der Regierung begründet, den Schaden klein zu halten, zum anderen darin, dass die Entschließungsanträge innerhalb des Bündnisses unter Missfallen möglichst ignoriert wurden.<sup>66</sup> Wie wäre

61 Vgl. ebd., S. 150.

62 Boel (ebd., S. 151) unterstreicht, dass die veränderte Haltung erst nach dem Regierungswechsel überhaupt „bemerkbar“ wurde („[...] efter regeringskiftet ændretes Socialdemokratiets holdning mærkbart.“).

63 Vgl. Kortmann: Außenpolitik, S. 207.

64 Ebd., S. 206.

65 Vgl. ebd., S. 206f.

66 Vgl. Holbraad: Denmark, S. 33. Auch Kortmann bemerkt das an anderer Stelle (vgl. Außenpolitik, S. 213) selbst, zieht jedoch anscheinend nicht die gleichen Schlüsse aus dieser Beobachtung.

es um den Bündniszusammenhalt bestellt gewesen, wenn das anders gewesen wäre und die Entschließungsanträge konkretere Folgen gezeitigt hätten?

Eine Ahnung der möglichen bündnisinternen Probleme gibt die Reaktion der Regierung Schlüter auf den Entschließungsantrag vom 14. April 1988, der die Regierung aufforderte, fremde Schiffe, die dänische Häfen anlaufen wollten, über die Ablehnung von Atomwaffen auf dänischem Hoheitsgebiet zu informieren.<sup>67</sup> Bisher war seitens der Dänen toleriert worden, dass von Großbritannien und den USA keinerlei Informationen über die Waffen an Bord ihrer Schiffe gemacht worden waren. Staatsminister Schlüter ließ angesichts der Abstimmungsniederlage der Regierung Neuwahlen ausschreiben, da er durch einen solchen Schritt die Solidarität Dänemarks zur NATO gefährdet sah.<sup>68</sup> Die von der alternativen Mehrheit geforderten dänischen Vorbehalte waren ihrem Inhalt nach also sehr wohl geeignet, zu Problemen innerhalb der NATO zu führen – wenn die Bündnispartner und die Regierung dies zuließen.<sup>69</sup>

Solange das nicht der Fall war, blieben die sozialdemokratischen sicherheitspolitischen Initiativen von 1982–1988 vor allem gegen die Regierung Schlüter gerichtet. Die derartige Profilierung war ein „potentielles Instrument“<sup>70</sup>, um wieder an die Regierung zu kommen.

## 2.4 Die Rahmenbedingungen des politischen Systems

Die sozialdemokratisch beeinflusste alternative Mehrheit verdankte ihre Einflussmöglichkeit auf die Außen- und Sicherheitspolitik den Besonderheiten der dänischen Verfassung. Es zeigte sich zu dieser Zeit nämlich, wie dehnbar der Interpretationsrahmen für die Gestaltung der Verfassungswirklichkeit war (und möglicherweise ist).

Kann auch die formale Seite der dänischen Verfassungsentwicklung als sehr kontinuierlich und geradezu veränderungsresistent charakterisiert werden, gehen die Spielregeln des parlamentarischen Systems in der Verfassungswirklichkeit doch signifikant über die in der geschriebenen Verfassung vorhandenen Normen hinaus.<sup>71</sup>

67 Der Text findet sich bei Boel: *Atomvåben*, S. 239; sowie bei Ellemann-Jensen: *Fodfej*, S. 246f., der auch den Gegenentwurf der Regierung dokumentiert.

68 Vgl. Ellemann-Jensen, *Fodfej*, S. 248ff.

69 Auch hier muss also Kortmanns Interpretation, es habe sich angesichts von wirtschaftlichen Problemen um reine Taktik zugunsten einer Wiederwahl gehandelt (vgl. Kortmann, Jürgen: *Außenpolitik*, S. 211f.), etwas ausdifferenziert werden.

70 Bomsdorf: *Nordeuropapolitik*, S. 246.

71 Vgl. Nannestad: *System Dänemarks*, S. 55–91, S. 55.

Darüber hinaus wird gerne auf die Flexibilität des dänischen Parlamentarismus verwiesen.<sup>72</sup>

Kennzeichnend ist die starke Stellung des Parlaments. Im so genannten „negativen Parlamentarismus“ Dänemarks ist es nicht vorgesehen, dass es die Regierung eigens wählen oder auf andere Weise explizit anerkennen muss. Es reicht, dass dieser vom Parlament nicht das Misstrauen ausgesprochen wird. Die Regierung, sobald sie einmal im Amt ist<sup>73</sup>, hat das Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Auf diese Weise kam und kommt es nicht erst seit der Wahl von 1973 (seitdem aber ausschließlich) regelmäßig zu Minderheitsregierungen oder Minderheitskoalitionen.<sup>74</sup>

Der dänische Politikwissenschaftler Erik Damgaard weist darauf hin, dass Oppositionsparteien angesichts von Minderheitsregierungen, die ihre parlamentarischen Mehrheiten erst mühsam und unter Kompromissen suchen müssen, einen erhöhten Einfluss auf die Politikgestaltung ausüben können.<sup>75</sup> Genau das war 1982 bis 1988 der Fall. Diese Beobachtung allein reicht allerdings noch nicht aus, um die Tatsache zu erklären, dass die Regierung durch die alternative Mehrheit u.a. zur Ausarbeitung und Vorlage von Gesetzesentwürfen gezwungen wurde, gegen deren Verabschiedung sie später wiederum kämpfte<sup>76</sup> und dass sie immer wieder dänische Vorbehalte in der NATO geltend machte, die sie gar nicht teilte.

Die informellen, bis 1982 ohne Ausnahme praktizierten Regeln des dänischen Minderheitsparlamentarismus sahen vor, dass Minderheitsregierungen Abstimmungsniederlagen bei Endabstimmungen zu vermeiden suchten, gegebenenfalls aber als Grund zur Ausschreibung von Neuwahlen ansahen. Gleichermäßen versuchten die Oppositionsparteien nur im Falle eines tatsächlich intendierten Regierungsturzes, Abstimmungsniederlagen für die Regierungspartei(-en) bei Endabstimmungen zu veranlassen.<sup>77</sup>

72 Vgl. Damgaard, Erik: Dänische Experimente mit der parlamentarischen Regierungsform, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hrsg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt/M./New York 1994, S. 179–198, S. 196.

73 Zu den wenigen verfassungsmäßigen und den zahlreichen komplizierten, informellen Regeln zur Regierungsbildung vgl. Damgaard, Erik: Dänemark: Das Leben und Sterben von Koalitionsregierungen, in: Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (Hrsg.): Koalitionsregierungen in Westeuropa. Bildung, Arbeitsweise und Beendigung, Wien 1997, S. 289–326, S. 296f.

74 Vgl. zu diesem grundlegenden Charakteristikum des dänischen Parlamentarismus Nannestad: System Dänemarks, S. 65ff.

75 Vgl. Damgaard: Experimente, S. 195.

76 Vgl. Eysell: Minderheitsparlamentarismus, S. 399f.

77 Vgl. ebd., S. 398.

Seit 1982 wurden nun diese unausgesprochenen Regeln nicht mehr respektiert. Es entstand die besondere Situation, dass die Radikalliberalen u.a. in sicherheitspolitischen Fragen auf Seiten der Sozialdemokratie als Teil der alternativen Mehrheit abstimmten, gleichzeitig aber kein Misstrauensvotum gegen die Regierung unterstützen wollten, weil sie an Neuwahlen kein Interesse hatten, sei es, um die Umsetzung der von ihnen befürworteten Wirtschaftsreformen der Regierung nicht zu gefährden, sei es, um keine eigenen Stimmverluste bei Neuwahlen zu riskieren. Die Regierung Schlüter lehnte es ihrerseits ab, die Abstimmungsniederlagen als Grund für Neuwahlen anzusehen.<sup>78</sup>

Letztlich erweist sich also die auf diese Weise im dänischen Parlamentarismus enthaltene Möglichkeit einer alternativen Mehrheit als *conditio sine qua non* der Fußnotenpolitik. Sie ist allerdings umgekehrt nicht notwendig in dieser Art von politischem System angelegt.

### 3. Der NATO-Doppelbeschluss in der Bundesrepublik Deutschland

Für den Weg des NATO-Doppelbeschlusses in der Bundesrepublik sind folgende Stationen charakteristisch.<sup>79</sup> Im Vorfeld des NATO-Doppelbeschlusses im Dezember 1979 nahm die von einer sozialliberalen Koalition regierte Bundesrepublik Deutschland angesichts der SS-20-Raketenstationierungen der UdSSR v.a. in der Person des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt eine Vorreiterrolle in der Formulierung europäischer Sicherheitsbedürfnisse im Bündnis ein.<sup>80</sup> Der NATO-Doppelbeschluss wurde im Bundestag durch SPD, FDP und CDU/CSU mitgetragen. Im Bündnis vertrat die Bundesrepublik ihre Interessen v.a. mit

78 In 105 von 108 Fällen einer Abstimmungsniederlage akzeptierte die Regierung Schlüter diese, vgl. Damgaard: Experimente, S. 186f.

79 Dem systematischen Aufbau der Arbeit entsprechend soll auch in Kapitel 3.1 von einer reinen Chronologie der Ereignisse abgesehen werden, hier sind nur die wichtigsten Eckpunkte aufgeführt, vgl. zu den im Folgenden aufgezählten (und allen weiteren) Ereignissen Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt/M./Berlin 2003, S. 237-301. Hafendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945-2000, Stuttgart 2001, S. 264-307. Zur Einordnung in den transatlantischen Kontext vgl. auch Layritz, Stephan: Der NATO-Doppelbeschluss. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik, Frankfurt/M. u.a. 1992; Dittgen, Herbert: Deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehungen in der Ära Helmut Schmidt. Vorgeschichte und Folgen des NATO-Doppelbeschlusses, München 1991; Peters, Susanne: The Germans and the INF Missiles. Getting Their Way in NATO's Strategy of Flexible Response, Baden-Baden 1990.

80 Zu den politischen und strategischen Überlegungen, die dem NATO-Doppelbeschluss zugrunde lagen vgl. Broer, Michael: Zwischen Konsens und Konflikt: Der NATO-Doppelbeschluss, der INF-Vertrag und die SNF-Kontroverse, in: Junker, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch, Bd. II 1968-1990, Stuttgart/München 2001, S. 234-244, S. 235-238.

## > regierungslehre

der Forderung des Erhalts dreier Grundsätze, dem der Kollektivität, dem der Nicht-Singularität und dem des nicht-nuklearen Status der Bundesrepublik.

Je mehr sich abzeichnete, dass die Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR keine Einigung in der Frage der Mittelstreckenraketen in Europa bringen würden, desto stärker artikulierte die Friedensbewegung ihre Kritik an der geplanten NATO-Nachrüstung. Hunderttausende kamen zu den großen Demonstrationen, so zum Beispiel am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten. Auch innerhalb der SPD schwand nach und nach die Unterstützung für die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Regierung, der Kanzler konnte sich immer weniger auf seine Partei verlassen.

Schließlich kam es am 17. September 1982 zum Bruch der sozialliberalen Koalition. Die Initiative hierzu ging von der FDP aus und war durch eine schwer abzuwägende Melange von wirtschafts-, sozial- und sicherheitspolitischen Motiven wie auch dem Wunsch nach Machterhalt begründet. Die für kaum zwei Wochen regierende sozialdemokratische Minderheitsregierung wurde nach dem konstruktiven Misstrauensvotum vom 01. Oktober 1982 durch eine schwarz-gelbe Koalition abgelöst; Helmut Kohl wurde Bundeskanzler und nach den Bundestagswahlen von 1983 in seinem Amt bestätigt.

Die SPD wie auch die Grünen bekämpften im Bundestag die geplanten Pershing-II- und Cruise Missile-Stationierungen, konnten aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag die am 22. November 1983 beginnenden Stationierungen nicht verhindern. 1985 waren diese abgeschlossen.

### 3.1 Die sicherheitspolitischen Traditionen und die Haltung zur NATO

Der deutsche NATO-Beitritt im Jahr 1955 war sowohl durch die Sicherheitsbedürfnisse der Bundesrepublik selbst bedingt als auch durch die – von den USA und den westeuropäischen NATO-Staaten gleichermaßen gewünschte – Strategie der Kontrolle des neuen westdeutschen Staates bei gleichzeitiger Aufrüstung desselben und seiner Aufstellung gegen den sowjetischen Einfluss in Europa – das so genannte „double containment“.<sup>81</sup>

<sup>81</sup> Dass ein solcher Überblick im gegebenen Rahmen nur cursorisch ausfallen kann, versteht sich von selbst. Die hier aufgezählten Parameter deutscher Außen- und NATO-Politik sind aber für den hier verfolgten deutsch-dänischen Vergleich unverzichtbar, um die qualitativen Unterschiede in den jeweiligen Grundhaltungen aufzuzeigen. Die Literatur zum Thema ist Legion. Soweit nicht anders angegeben, folgt dieses Kapitel. Hanrieder, Wolfram F.: *The FRG and NATO: Between Security Dependence and Security Partnership*, in: Kirchner, Emil J./Sperling, James: *The Federal Republic of Germany and NATO. 40 Years after*, London 1992, S. 194–220, S. 195. Ebd., S. 197, kann auch die treffendste Zusammenfassung der deutschen sicherheitspolitischen Situation gefunden werden: „Dependent for its security on the United States, precluded from obtaining its own national nuclear deterrent, and handicapped by the singularity of its political, geographical, and historical position in Europe and the alliance [...]“.

Die besondere geostrategische Lage der Bundesrepublik machte den Schutz durch die Einbindung in die NATO besonders unverzichtbar. Über ihre charakteristische Mittellage in Europa hinaus war die Bundesrepublik im Kalten Krieg an der ‚Systemgrenze‘ extrem exponiert. Als (zumindest in Europa) einzigartiger ‚Ausnahmestand‘ kam die deutsche Teilung hinzu, die das deutsche Bewusstsein stark prägte. Mit seiner Entscheidung für die Westbindung als der außenpolitischen Weichenstellung schlechthin beeinflusste Bundeskanzler Konrad Adenauer die deutsche Position in den internationalen Beziehungen dauerhaft. Die Wiedererlangung außenpolitischer Souveränität, europäische und internationale Reintegration aber auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hingen für die junge Bundesrepublik davon ab. Im Bundestag vertrat die SPD unter ihrem Parteivorsitzenden Kurt Schumacher einen klaren Oppositionskurs gegenüber der Adenauer’schen Außenpolitik.

Auch in der Folgezeit blieb das antiproportionale Verhältnis von hoher strategischer Bedeutung und militärischer Schwäche bestehen, was zusammen mit dem Konzept der so genannten ‚Vorne-Verteidigung‘ die hohe Zahl amerikanischer Truppen und Waffenstationierungen auf dem Boden der Bundesrepublik begründete. Jeder Strategiewechsel der USA bzw. der NATO musste deshalb von der Bundesrepublik unmittelbar nachvollzogen werden.

Mit der Ostpolitik der sozialdemokratischen Regierung unter Bundeskanzler Willi Brandt (1969 - 1974) profilierte sich nicht nur die SPD, sondern die deutsche Außenpolitik überhaupt mit der Betonung und Gestaltung einer neuen Entspannungspolitik. Nach den ersten Erfolgen in der Annäherung zwischen Ost und West mittels Verträgen geriet die Entspannungspolitik angesichts fehlender Fortschritte in der Rüstungskontrolle und fortgesetzter sowjetischer Aufrüstung in die Krise. Der Entspannungsgedanke war sehr populär, nicht immer wurde dabei deutlich wahrgenommen, dass Entspannung entsprechend dem Harmel-Bericht von 1967 immer mit militärischer Sicherheit zusammen gedacht werden musste.<sup>82</sup> Oder, wie der Harmel-Bericht es ausdrückte: „Military security and a policy of détente are not contradictory but complementary.“<sup>83</sup>

Die Grundkonstanten deutscher Sicherheitspolitik blieben aber von Anfang an nicht unhinterfragt. Im Zusammenhang mit dem NATO-Beitritt Deutschlands kam

82 Zu diesem Absatz vgl. auch Schake, Kori N.: NATO-Strategie und deutsch-amerikanisches Verhältnis, in: Junke, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch. 1968–1990, Stuttgart/München 2001, S. 211–221, S. 214–218.

83 The Future Tasks of the Alliance. Report of the Council, Communiqué des North Atlantic Council, Brüssel 13./14. Dezember 1967, Ziffer 5, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c671213b.htm> (abgerufen am 05. Februar 2008).

## > regierungslehre

es zur großen Wiederaufrüstungsdebatte, die Friedensbewegungen der 50er und die der 60er Jahre diskutierten bereits die Gefahren der nuklearen Abschreckung.<sup>84</sup> Auch die aufgeregte Debatte um die Neutronenwaffe im Jahr 1977, durch die nicht zuletzt das deutsch-amerikanische Verhältnis nachhaltig beeinträchtigt wurde,<sup>85</sup> zeigte die Sensibilität der öffentlichen Meinung beim Thema Nuklearwaffen.<sup>86</sup>

Der Gedanke der Sicherheit durch Abschreckung mittels der amerikanischen Atom- macht entwickelte sich zum Problem in den transatlantischen Beziehungen. Zum einen war da die Angst vor Absprachen der USA und UdSSR über die Interessen der Bundesrepublik hinweg. Zum anderen wurde eine Entkopplung der amerika- nischen von der europäischen Sicherheit befürchtet. Der Wandel der NATO-Si- cherheitsdoktrin vom Prinzip der ‚massive retaliation‘ hin zur ‚flexible response‘ schürte die deutschen Ängste vor einer geteilten, bzw. abgestuften Abschreckung, die der Bundesrepublik keinen wirksamen Schutz mehr garantieren würde. In den folgenden Jahren wurde die Befürchtung der Sicherheits-Entkopplung durch die Aussparung der Mittelstreckenwaffen in den SALT-Verhandlungen verstärkt.<sup>87</sup>

Ein kurzer Blick auf die sicherheitspolitischen Traditionen der Bundesrepublik und ihr Verhältnis zur NATO zeigt also dreierlei. Erstens, wie stark – man möchte sagen: unauflöslich – die deutsche Sicherheit mit dem Bündnis von Seiten aller Beteiligten verwoben worden war. Zweitens, dass der Entspannungsgedanke, zumal in seiner ‚Harmel-Form‘, Konfliktpotenzial durch eine zu einseitige Interpretation barg. Drittens, dass dem deutschen Verhältnis zu den USA durch die benötigte Sicher- heitsgarantie Probleme immanent waren.

### 3.2 Die Veränderungen im Parteiensystem

Im deutschen Parteiensystem waren gerade nach den Anfangsjahren die beiden großen Volksparteien SPD und CDU dominierend. Bis 1983 hatte aber die FDP die Rolle des Züngleins an der Waage gespielt. Sie hatte sich als sowohl mit der CDU als auch mit der SPD koalitionsfähig erwiesen und das Erreichen einer parlamen- tarischen Mehrheit hing häufig von ihr ab. So war also trotz der geringen Zahl der

84 Vgl. auch Nehring, Holger: Diverging Perceptions of Security. NATO, Nuclear Weapons, and Social Protest, in: Wenger, Christian/Nuenlist, Christian/Locher, Anna (Hrsg.): Transforming NATO in the Cold War. Challenges beyond Deterrence in the 1960s, London u.a. 2007, S. 131-147, S. 137ff.

85 Vgl. Dembinski, Matthias: Rüstungskontrolle im Widerstreit, in: Junker, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch. 1968-1990, Stuttgart/München 2001, S. 222-233, S. 228f.

86 Vgl. Hoffmann, Hubertus: Die Atompartner Washington – Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen. Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des Doppelbeschlusses der NATO, Koblenz 1986, S. 156-345.

87 Vgl. auch Schake: NATO-Strategie, S. 212ff., S. 216-220.

regelmäßig vertretenen Parteien der Einfluss der beiden großen Parteien nicht ungefragt gesichert, auch 1982 erwies sich die FDP als der ausschlaggebende Faktor für den Fortbestand und das Scheitern der Koalition.

Die Konstituierung der Grünen auf Bundesebene im Jahr 1980, spätestens jedoch ihr Einzug in den Bundestag nach der Wahl im Jahr 1983 bedeutete vor diesem Hintergrund zwei Herausforderungen für die etablierten Parteien. Theoretisch vergrößerte sich das Spektrum der Koalitionsmöglichkeiten. Außerdem musste jede Partei ihre Position gegenüber den Grünen als der Ökologie- und Friedenspartei bestimmen, was in besonderem Maße zum Problem für die SPD werden sollte, deren Selbstbild als traditionelle Friedenspartei nun nicht nur durch außerparlamentarische Kräfte der Friedensbewegung, sondern durch die Partei gewordene Friedensbewegung in Frage gestellt wurde. Vor diesem Hintergrund soll nun die Position der SPD näher beleuchtet werden.<sup>88</sup>

### 3.3 Der Kurswechsel der SPD

Die Position der SPD zum NATO-Doppelbeschluss und zur Nachrüstung muss als ein permanenter Prozess der Positionsfindung bezeichnet werden. Dieser Prozess wird nur verständlich, wenn man den Rollenwechsel von einer Regierungs- zu einer Oppositionspartei, die Identitätskrise der SPD sowie die innerparteilichen Konfliktlinien in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik näher betrachtet.

Der deutsche Politikwissenschaftler und Journalist Anton Notz hat die Abkehr der SPD von der Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses hin zu dessen Bekämpfung in seiner Dissertationsschrift „Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss“ en détail beschrieben.<sup>89</sup> Seiner Analyse folgend können sechs Phasen des Verhältnisses der SPD zum NATO-Doppelbeschluss unterschieden werden.

(1) Die Anfangsphase<sup>90</sup> bis Mai 1979 zeichnete sich dadurch aus, dass neben den Experten für Sicherheitspolitik nur wenige in der Partei direkt mit den Nachrüstungsfragen befasst und vertraut waren.<sup>91</sup> Gegen die INF-Modernisierung wurde anfangs kaum Kritik laut. Notz betont, dass es vor allem die Jungsozialisten waren,

88 Vgl. bspw. Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 57–65; Fenske, Hans: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn u.a. 1994, S. 303–309.

89 Notz, Anton: Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft, Baden-Baden 1990.

90 Vgl. zu (1) ebd., S. 12–40.

91 Diese Einschätzung deckt sich mit den Ergebnissen Robert Hofmanns für die Phase 1966–1977, vgl. Notz, Anton: Die Sicherheitspolitik der SPD 1966–1977. Innerparteiliche Willensbildung und praktizierte Regierungspolitik im nationalen und internationalen Bezugsrahmen, Puchheim b. München 1987, S. 387ff.

die zuerst ihren Widerstand gegen die NATO-Nachrüstungspläne formulierten. Die breitere Öffentlichkeit wie auch weite Teile der SPD hatten sich auf die Ablehnung der Neutronenwaffe konzentriert und den Rückzieher Carters durchaus als Erfolg wahrgenommen. Die im Februar 1979 auftretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesregierung und der SPD-Spitze zeigten dann schon die Streitpunkte, die sich durch die ganze nachfolgende Debatte ziehen sollten: Das Verhältnis von Verteidigungs- (d.h. Aufrüstungs-) und Rüstungskontrollpolitik, die Bewertung des Aggressionspotenzials der UdSSR und die Frage danach, wer die Nachrüstung eigentlich mehr wolle, die Amerikaner oder die Europäer. Das Einlenken Herbert Wehners im Mai 1979 zeigt nach Ansicht von Notz, dass es diesem nun wichtig war, „neben der Sicherheitskontrolllücke insbesondere die Lücke in den eigenen Reihen zu schließen.“<sup>92</sup> Dadurch wurde der Konflikt um das sicherheitspolitische Konzept der SPD nicht bis zu Ende ausgetragen, nur verschoben.<sup>93</sup>

(2) Es folgte bis Ende 1980 bzw. Januar 1981 eine „Kompromissphase“<sup>94</sup> während der der NATO-Doppelbeschluss in der SPD weitestgehend akzeptiert wurde. Auf dem SPD-Parteitag im Dezember 1979 in Berlin stimmten 90 Prozent der Delegierten für den NATO-Doppelbeschluss. Bundeskanzler Helmut Schmidt dominierte auf effiziente Weise. Zwei Gründe können hierfür genannt werden. Die Zustimmung war nicht zuletzt geprägt von der bevorstehenden Wahl (der so genannte „Stoppt-Strauss“-Effekt), die zur Geschlossenheit anspornte. Zudem war der Parteitagsbeschluss in seiner Substanz vor allem ein Formelkompromiss. Seine vagen Formulierungen ermöglichten es später den Gegnern der Nachrüstung ihre Position darin wieder zu finden. Der wichtigste Akzent ist aber unübersehbar: Abweichend vom NATO-Doppelbeschluss fand sich im Parteitagsbeschluss eine stärkere Gewichtung des Verhandlungsweges und man setzte große Hoffnungen auf die SALT II-Verhandlungen.

Gerade die rüstungskontrollpolitischen Fortschritte blieben aber in der Folgezeit, die durch die Verschlechterung der internationalen Lage, die mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ihren Anfang nahm, gekennzeichnet war, auf der Strecke.

Die Hoffnung der SPD-Linken, die Berliner Parteitagsbeschlüsse doch noch aufweichen zu können, wurde zusätzlich genährt durch Äußerungen Helmut Schmidts,

<sup>92</sup> Notz: SPD und Doppelbeschluss, S. 40.

<sup>93</sup> Vgl. Hoffmann: Atompartner, S. 466.

<sup>94</sup> Vgl. zu (2) Notz: SPD und Doppelbeschluss, S. 41–82.

der im April 1980 zeitweilig von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung solchermaßen zitiert wurde, als sei der Zeitrahmen des Doppelbeschlusses verhandelbar.

Der im Dezember 1980 lancierte Bielefelder Appell (5000 UnterzeichnerInnen, darunter u.a. Karl-Heinz Hansen, Mitglied des Verteidigungsausschusses) forderte die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses. Neben friedensbewegten Motiven war darin ein weiterer Aspekt erkennbar, der die sicherheitspolitische Entwicklung in der SPD in der Folgezeit mitbestimmen sollte, die Sorge um die Entspannungspolitik und damit um die „programmatische Identität der Partei“.<sup>95</sup>

Diesen Tendenzen stellte der Parteivorstand das Fünf-Punkte-Programm vom 11. Februar 1981 gegenüber, das die sicherheitspolitische Geschlossenheit der Partei wieder herstellen sollte und „das nach den Worten Willy Brandts auch ein Loyalitätsbekenntnis für Helmut Schmidt sein sollte.“<sup>96</sup>

(3) Die nun folgende Phase war geprägt durch einen „offene[n] Kampf zwischen Bundesregierung und SPD“ bis zum Ende der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982.<sup>97</sup> Notz nennt die Tatsache, dass auf dem NRW-Landesparteitag in Aalen als Fürsprecher Schmidts fast nur noch Minister zu finden waren, als symptomatisch für den sich vertiefenden Graben zwischen Partei und Regierung. Mitte Mai 1981 machte Schmidt seine Haltung noch einmal explizit, indem er betonte, dass seine Kanzlerschaft und der Fortbestand der Koalition für ihn mit beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses verbunden seien.

Unter diesen Vorzeichen mussten alle Versuche, die Regierungslinie zu kritisieren bzw. zu modifizieren zum Scheitern verurteilt sein, da Schmidt selbst nun seine Rolle als Bundeskanzler und das Fortbestehen der Koalition an den NATO-Doppelbeschluss in seiner vorliegenden Form gebunden hatte. Trotzdem oder gerade deshalb versuchte die SPD-Linke in den folgenden Monaten durch Diskussionen über ein mögliches Moratorium, die Möglichkeit einer Seestationierung oder die Idee der so genannten ‚Null-Lösung‘ im Sinne des Nicht-Nachrüstens den Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses verhandelbar zu machen. In der zweiten Jahreshälfte machten dann die Landesverbände Front gegen Schmidt und den NATO-Doppelbeschluss. Die Gründe für diese „tiefe Kluft zwischen Parteispitze und Teilen der Basis“<sup>98</sup> sieht Notz zum einen in der Führungsschwäche Willy Brandts, zum anderen in einem veränderten sicherheitspolitischen Verständnis in

95 Ebd., S. 78.

96 Ebd., S. 81.

97 Vgl. zu (3) ebd., S. 83-148.

98 Ebd., S. 108.

der SPD, das nicht mehr alle Entscheidungen auf diesem Feld der Parteispitze überlassen wollte.

Die im Vorfeld des Parteitags von 1982 kursierenden Positionspapiere stellten die sicherheitspolitischen Grundlinien der Politik der Bundesregierung in Frage. Im Februar 1982 wurde zudem auf einem Treffen der SPD-Linken in Frankfurt unter maßgeblicher Mitwirkung von Oskar Lafontaine und Erhard Eppler die Forderung nach einseitiger Abrüstung und ersatzloser Streichung des NATO-Doppelbeschlusses erhoben. Die Auflösungserscheinungen waren also nicht zu übersehen. Auf dem Münchner Parteitag im April 1982 setzte sich Schmidt aber noch einmal durch, für Notz war dies „die letzte Solidaritätserklärung für Helmut Schmidt.“<sup>99</sup>

Die nach dem Parteitag wieder aufbrechenden Risse in der SPD stärkten in keiner Weise die Position des Kanzlers im sich verschlechternden innerkoalitionären Verhältnis, vielmehr boten sie liberalen Versuchen, die Krise auf die Spitze zu treiben, erst noch zusätzliche Angriffsfläche. Und so spricht Notz sicherlich einen nicht zu vernachlässigenden Aspekt an, wenn er darin einen Beitrag zum Ende der sozial-liberalen Koalition sieht: „[D]aß die sozial-liberale Bundesregierung vorzeitig scheiterte, war nicht allein den wirtschafts- und sozialpolitischen Wendemanövern von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zuzuschreiben. Auch die eigene Partei hatte ihren Kanzler und dessen Kabinett demontiert, nicht zuletzt mit ihren permanenten Attacken und persönlichen Affronts gegen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung.“<sup>100</sup>

(4) Die Phase bis zur Wahl von 1983 zeigte dann „Anzeichen für eine Neuorientierung“ der SPD.<sup>101</sup> Der nicht erst 1982 begonnene „Entfremdungsprozess“<sup>102</sup> der SPD von Helmut Schmidt nahm Form an. Schmidt verzichtete in Anbetracht der Regierungserfahrungen, die er mit seiner Partei hatte machen müssen auf eine weitere Kandidatur als Bundeskanzler. Mit Hans-Jochen Vogel als neuem Kanzlerkandidat entschied man sich für eine Integrationsfigur, die die zerrissene Partei zusammenhalten sollte. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger bezeichnete er nun auf der SPD-Bundeskonzferenz im November 1982 die Friedensbewegung als „Bundesgenossen“ und erreichte so die Einbindung der Partei-Linken. Mit dem im Januar 1983 auf dem Wahlparteitag beschlossenen Wahlprogramm versuchte man einerseits keine großen Brüche zur Regierungszeit Helmut Schmidts aufscheinen

99 Ebd., S. 150.

100 Ebd., S. 148.

101 Vgl. zu (4) ebd., S. 149-166.

102 Ebd., S. 151.

zulassen. Andererseits traten in ihm die für das Schmidt'sche Sicherheitskonzept so wichtigen Begriffe „Gleichgewicht“ und „Abschreckung“ zurück. Stattdessen wurde jener der „Sicherheitspartnerschaft“ hervorgehoben.

(5) Nach der Wahlniederlage von 1983 folgte nun eine fünfte Phase der „Wendemanöver“.<sup>103</sup> Kennzeichnend war der Rückzug des ehemaligen Seeheimer Kreises; konservative Kritik an der Aufgabe sicherheitspolitischer Leitlinien aus der Zeit Helmut Schmidts wurde seltener innerhalb der SPD.

Von außen wurde der Wandel der sicherheitspolitischen Linie der SPD sehr genau wahrgenommen und kommentiert. In der Bundestagsdebatte vom 15. Juli 1983 war ein Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion Thema. Es war der Versuch, die Bundesregierung über den Bundestag darauf zu verpflichten, dass die Raketenstationierung von den Genfer Verhandlungsergebnissen abhängig gemacht werden müsse. Der Antrag wurde von den Regierungsparteien zurückgewiesen. Hans-Dietrich Genscher wies darauf hin, dass die Stationierung bereits 1979 mit dem NATO-Doppelbeschluss beschlossen worden sei. Damit legte er, wie viele andere außerhalb der SPD in dieser Zeit, den Finger in die Wunde der SPD, den NATO-Doppelbeschluss als Regierungspartei selbst mitgetragen zu haben.

Ein drittes Kennzeichen dieser Phase war das veränderte Verhältnis der SPD zur Friedensbewegung. Die latenten Ängste, dass der Partei die Friedensagenda und damit vor allem die jungen Wähler an die Grünen verloren gehen könnten, wurden nun immer konsequenter in eine Annäherung an die Friedensbewegung umgesetzt, was Helmut Schmidt immer abgelehnt hatte und was auch nun noch von einigen ihm verbliebenen ‚Getreuen‘ kritisiert wurde. Ob die Friedensbewegung als „Bündnispartner“, anstatt wie bisher als „Bundesgenosse“, zu bezeichnen sei, war dabei nur ein Aspekt der innerparteilichen Diskussion. Durch Aktionen wie die Veröffentlichung eines Leitfadens<sup>104</sup> der Parteizentrale in Bonn für die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung vor Ort verschwammen die Konturen zwischen Partei und Friedensbewegung immer mehr.

(6) Die letzte Phase war die des Ausstiegs der SPD aus der Unterstützung der Nachrüstung.<sup>105</sup> Die Partei brach endgültig mit der Sicherheitspolitik ihres Ex-Bundeskanzlers. Die bisher beschriebenen Umkehr-Tendenzen innerhalb der Partei kamen nun noch konsequenter zum Ausdruck: Die Meinungsverschiedenheiten

103 Vgl. zu (5) ebd., S. 167–203.

104 „Organisatorische Hinweise für friedenspolitische Aktivitäten“, Bonn 29. Juni 1983.

105 Vgl. zu (6) Notz: SPD und Doppelbeschluss, S. 204–263.

an der Spitze der Partei wurden offen ausgetragen. Am Schluss sollte die Troika ein „sieches Ende“<sup>106</sup> erleben. Willy Brandt erklärte, die Politik Helmut Schmidts sei nur aus Loyalität, nicht aus Überzeugung, unterstützt zu haben. Am 22. Oktober 1983 sprach er sich auf der Anti-Rüstungs-Demonstration im Bonner Hofgarten gegen die Nachrüstung aus (allerdings mit einem klaren Bekenntnis zu NATO und Bundeswehr) und setzte so seine Linie der Annäherung an die Friedensbewegung fort.

Ein weiteres Charakteristikum dieser Endphase war, dass die ungeduldige Basis der Partei die endgültige Abkehr vom NATO-Doppelbeschluss durch die jeweiligen Beschlüsse der Landesverbände auf den Landesparteitagen vorantrieb.

Wie sehr die schlingernde Suche nach einer sicherheitspolitischen Standortdefinition der Partei die Identität der SPD bedrohte, wird auch dadurch deutlich, dass im Leitantrag des Kölner Bundesparteitages von 1983 die Abkehr der SPD vom NATO-Doppelbeschluss durch Verweise auf vorangegangene Parteitagsbeschlüsse als aus der bisherigen SPD-Linie organisch erklärbar und keineswegs als Kehrtwende dargestellt wurde. Doch auch das Uminterpretieren der Sicherheitspolitik der vergangenen Jahre konnte nicht verdecken, dass mit dem Kölner Parteitag ein weiterer Strang der bis hierher beschriebenen Entwicklung zu seinem abschließenden Höhepunkt kam: Die Entfremdung der Partei von Helmut Schmidt. Signifikanterweise stimmten auf dem Parteitag nur noch 14 von 400 Delegierten mit Helmut Schmidt gegen den Leitantrag, darunter wiederum nur vier der 39 anwesenden Vorstandsmitglieder. Auffällig war auf der anderen Seite, „daß ausgerechnet alle drei sozialdemokratischen Verteidigungsminister der Nachkriegszeit gegen den Parteitagsbeschluss von Köln stimmten.“<sup>107</sup>

Der Kurswechsel der SPD erweist sich somit als ein Prozess, der schon vor dem Bruch der sozialliberalen Koalition begann. Mit dem Verlust der Regierungsverantwortung, sobald die SPD für die Erfüllung der Bündniserwartungen nicht mehr ‚zuständig‘ war, bekamen die Strömungen innerhalb der Partei Oberhand, die die Nachrüstung radikal ablehnten. Dies war zum Teil ein Kampf der Basis gegen die Führung, andererseits aber auch Ausdruck der gespaltenen Eliten der Partei. In jedem Falle erwies sich dieser innerparteiliche Kampf, v.a. die Demontage ihrer einstigen Lichtgestalt Helmut Schmidt, als schwächend für die Partei. Den Hintergrund hierfür bot die Selbstfindung der Sozialdemokratie, die von der Idee her als Friedenspartei gelten wollte. Gegenüber der Friedensbewegung und den Grünen

<sup>106</sup> Ebd., S. 247.

<sup>107</sup> Ebd., S. 248.

musste sie aufs Neue ihren Platz innerhalb der Linken definieren. Gleichzeitig arbeitete sie sich am realistischen Sicherheitsbegriff ihres Kanzlers ab, indem Entspannung und Abschreckung nicht mehr konsequent zusammen gedacht wurden. Auf diese Weise wurden im innerparteilichen Konflikt der SPD die oben beschriebenen Grundkonfliktlinien deutscher NATO-Mitgliedschaft greifbar.

### 3.4 Die Rahmenbedingungen des politischen Systems

Welche Rahmenbedingungen des politischen Systems verhinderten nun Unregelmäßigkeiten in der deutschen Politik zum NATO-Doppelbeschluss? Warum konnte sich die Opposition zur Raketenstationierung nicht durchsetzen?

Die Außenpolitik, unter die auch die hier thematisierten sicherheitspolitischen Fragen fielen, war und ist in der Bundesrepublik Domäne der Exekutive, wobei dem Bundeskanzler dabei die Richtlinienkompetenz zukommt.<sup>108</sup> Das Stichwort von der Kanzlerdemokratie galt besonders unter Helmut Schmidt, der neben der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik ein besonderes Interesse und Engagement für die Außenpolitik aufbrachte.<sup>109</sup> Dies ist ein wichtiger Faktor für die Durchsetzung seiner sicherheitspolitischen Vorstellungen.<sup>110</sup>

Eine weitere wichtige Rolle ist der Praxis der Koalitionsregierungen zuzusprechen, die die Außen- und Sicherheitspolitik einer Regierung einschränken kann. Die Koalitionsvereinbarungen sind normalerweise recht detailliert und bindend. Gerade, wenn der kleinere Koalitionspartner glaubhaft den Fortbestand der Koalition in Frage stellen kann, erhöht sich dessen Einfluss über die numerische Größe seiner Fraktion hinaus. Häufig stellt der kleinere Koalitionspartner auch den Außenminister.<sup>111</sup> Genau dies lässt sich auch in Bezug auf die Rolle der FDP und des Außenministers Hans-Dietrich Genscher feststellen, die den NATO-Doppelbeschluss klar unterstützten. Somit war die FDP in diesem (wie auch in anderen) Politikbereichen potenziell koalitionsfähig mit der CDU/CSU. Die sicherheitspolitische Linie der sozialliberalen Koalition konnte von der SPD nicht einfach in Frage gestellt werden, ohne innerkoalitionäre Verwerfungen nach sich zu ziehen. So war zunächst der Zwang zur Unterstützung der Sicherheitspolitik der Regierung gegeben. Diese Überlegung wird durch das Zustandekommen der oben beschriebenen SPD-Par-

<sup>108</sup> Vgl. Höse/Oppermann: Restriktionen, S. 46

<sup>109</sup> Vgl. Hacke: Außenpolitik, S. 266.

<sup>110</sup> Vgl. Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen. München/Wien 2005, S. 38-44.

<sup>111</sup> Vgl. ebd., S. 48-52; sowie Höse/Oppermann: Restriktionen, S. 49ff.

## > regierungslehre

teitagsbeschlüsse von 1979 bis 1982 illustriert. Die schwindende innerparteiliche Unterstützung für Helmut Schmidts sicherheitspolitisches Konzept musste sich also auch destabilisierend auf die Position der SPD in der Koalition auswirken, was ihr Ende (trotz des hierbei stark zu gewichtenden wirtschafts- und sozialpolitischen Dissenses) bestätigt.

Mehrheitsregierungen sind in der Bundesrepublik Deutschland die fast ausschließliche Regel. Die Regierung kann hierbei nur aufgrund einer Stimmenmehrheit der Koalitionsparteien im Bundestag zustande kommen.<sup>112</sup> Wenn auch das Kabinett keiner eigenen Bestätigung durch den Bundestag bedarf, kann aufgrund der Tatsache, dass der Bundeskanzler vom Bundestag gewählt werden muss, in Abgrenzung zum dänischen politischen System von einem ‚positiven Parlamentarismus‘ gesprochen werden. Auch in dieser Hinsicht ist also im deutschen politischen System dem Erfolg einer etwaigen Fußnotenpolitik ein Riegel vorgegeben. Diese Tendenz wird durch die relativ kleine Zahl der Parteien begünstigt. Für die Bundestagswahl von 1983 bedeuteten die klaren Mehrheiten auch Klarheit in der Sicherheitspolitik. Oder wie Notz es ausdrückt: „Wenn denn wirklich am 6. März 1983 über die westlichen Mittelstreckenraketen mit abgestimmt wurde, so haben sich die Wähler mehrheitlich für eine Nachrüstung ausgesprochen.“<sup>113</sup>

Dem Bundestag kommt im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik nur begrenzte Bedeutung zu.<sup>114</sup> Ein besonderes Licht auf die Kompetenzverteilung im außenpolitischen Bereich wirft die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Ablehnung eines Antrages der Bundestagsfraktion der Grünen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Mittelstreckenwaffenstationierung ohne Einholung der Zustimmung des Bundestages vom 17. Juni 1984. Das Bundesverfassungsgericht wies den Antrag u.a. mit Hinweis darauf zurück, dass die außenpolitische Gestaltungsfreiheit und Richtlinienkompetenz der Exekutive nicht eingeschränkt werden dürfe.<sup>115</sup> Hier wird dem Parlament eine völlig andere Rolle zugewiesen als sie das dänische *Folketing* für sich beanspruchte.

112 Vgl. ebd., S. 49ff.

113 Notz: SPD und Doppelbeschluss, S. 166.

114 Vgl. Höse/Oppermann: Restriktionen, S. 51-54; sowie Bierling: Normen, S. 36.

115 Vgl. BVerfGE 68,1..

## 4. Determinanten der innenpolitischen Dimension von Sicherheit (Schlussbetrachtung)

Die innenpolitische Dimension des NATO-Doppelbeschlusses manifestierte sich in Dänemark wie in der Bundesrepublik Deutschland im Zerbrechen des innenpolitischen Konsenses über die Sicherheitspolitik. Im Vergleich der Einflussfaktoren können sowohl Parallelen als auch Unterschiede festgestellt werden, die zunächst ausgewertet werden sollen, um dann einen kurzen Ausblick darauf zu geben, was diese Ergebnisse für die innenpolitische Dimension von Sicherheit im Allgemeinen bedeuten könnten.

Im Vergleich der sicherheitspolitischen Traditionen beider Staaten und ihrem Verhältnis zur NATO überwiegen die qualitativen Unterschiede. Zwar waren beide Staaten in einer geostrategisch exponierten Lage, und beide waren, bar jeglicher Nuklearwaffen, auf die Verteidigung bzw. Abschreckung durch die NATO angewiesen, die Abhängigkeit war im deutschen Fall jedoch durch die Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg eine viel direktere. Während die Nuklearwaffenfreiheit Dänemarks in Friedenszeiten seit Ende der 1950er Jahre zum negativen Grundmotiv der Sicherheitspolitik avancierte, war die Stationierung amerikanischer Truppen und Waffen in der Bundesrepublik positiver Teil der Sicherheitspolitik. Die alternative Mehrheit zwang die dänische Regierung, Vorbehalte auf NATO-Ebene einzubringen. Das hatte bei einem Nicht-Stationierungsland mit einer Tradition der low budget-NATO-Politik eine andere Tragweite, als wenn die Bundesrepublik Deutschland als Stationierungsland ähnlich gehandelt hätte.

Mit der NWFZ war von dänischer Seite eine Alternative im Gespräch, die, wenn sie auch zunächst nicht umsetzbar schien, als eine Option sogar auf Regierungsebene und auf nordischer transnationaler Ebene diskutiert wurde. Dadurch allein war schon eine Art diskurspsychologischer Mehrwert des Rekurses auf die NWFZ gegeben. Das hat eine andere Qualität, als wenn z.B. eine friedensbewegte Gruppierung „einseitig“ eine sicherheitspolitische Alternative in Form von sofortiger Abrüstung o. Ä. postulieren würde.

In der Entwicklung des Parteiensystems sind strukturelle Parallelen zu erkennen. Zum einen sind mit den Parteien der Mitte, ganz besonders aber mit den Radikalliberalen, in Dänemark wie mit der FDP in der Bundesrepublik kleine Parteien als Akteure bei der Regierungsbildung und Mehrheitsfindung zu beachten, die häufig zum entscheidenden Faktor für das Zustandekommen oder Nicht-Zustandekommen einer Mehrheit

wurden. Sie hatten dadurch einen größeren Einfluss als es die bloße Zahl ihrer Sitze im Parlament ahnen ließe. Zum anderen ist das Entstehen neuer Parteien zu beobachten, die von ihrem Selbstverständnis her die herkömmlichen Parteien in Frage stellten und mit diesem Anspruch in das Parlament einzichen konnten. In Dänemark war dies bereits 1973 der Fall, in der Bundesrepublik zogen die Grünen 1983 in den Bundestag ein.

Ein qualitativer Unterschied zeigt sich in der stärkeren Ausdifferenzierung des Parteienspektrums in Dänemark, was einen größeren Profilierungsdruck auf die Sozialdemokratie und eine kompliziertere Mehrheitsfindung für die Regierung bei Abstimmungen bedeutete. Gepaart mit den Besonderheiten des dänischen Parlamentarismus wurden so die alternative Mehrheit und damit die Fußnotenpolitik möglich.

Die sozialdemokratische Partei vollzog in beiden Staaten einen Kurswechsel von der Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses in der Funktion als Regierungspartei im Jahr 1979, hin zu einer Bekämpfung desselben in der Rolle einer Oppositionspartei seit 1982. Hier scheinen die durch die Einbindung in das Bündnis gegebenen Sachzwänge in der Regierungsverantwortung eine wichtige Rolle gespielt zu haben. In beiden Fällen erwiesen sich das Verhältnis der Partei zur Friedensbewegung und die Profilierung gegenüber Konkurrenzparteien im Parlament als wichtiger Faktor der Sicherung und Neubestimmung sozialdemokratischer Identität als ‚Friedenspartei‘.

Während jedoch die dänischen Sozialdemokraten unter Anker Jørgensen ihre Hauptaufmerksamkeit der Bekämpfung und Destabilisierung der Regierung Schlüter mit parlamentarischen Mitteln der Beeinflussung der Sicherheitspolitik der Regierung widmeten, kämpfte die SPD als Regierungspartei zunächst vor allem mit innerparteilichen Rissen und gegen Helmut Schmidt, und schwächte so ihre spätere Opposition von vornherein. Auch inhaltlich müssen Unterschiede festgehalten werden. Die *Socialdemokratiet* stellte zusammen mit der alternativen Mehrheit zwar die dänische Position in der NATO in Frage, dabei ging es hauptsächlich aber nicht um die Frage der Stationierung oder Nichtstationierung von Mittelstreckenraketen. Ihre Position bedeutete eine explizite negative Fixierung des ohnehin gegebenen dänischen Nuklearwaffenvorbehalts. Die SPD hingegen griff, v.a. mit der Frage nach dem Verhältnis von militärischer Sicherheit und Entspannung, zwar traditionelle Konfliktlinien deutscher Sicherheitspolitik auf, mit der seit 1983 vertretenen Ablehnung der Raketenstationierungen wurde aber auf einen klaren Bruch mit der bisherigen deutschen NATO-Politik hingearbeitet und die gesamte Sicherheitskonstruktion, die der NATO-Mitgliedschaft zugrunde lag, in Frage gestellt.

Der dänische Politikwissenschaftler Nikolaj Petersen stellt in einem Vergleich zw. Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Norwegen, die Behauptung auf, dass für die Veränderungen in der NATO-Politik dieser Staaten gar nicht ihre vergleichbare kleine Größe das wichtigste Moment sei, sondern ihre Modernität, die durch die starke sozialdemokratische Prägung der Gesellschaft ausgedrückt werde. „It is also evident that these changes are at least as much related with ‘Social Democratism’ as with national size.“ Dies werde durch die Beobachtung ähnlicher Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und z.T. auch Großbritannien bestätigt.<sup>116</sup> Die vorliegenden Überlegungen bestätigen diese Vermutung nun bis zu einem gewissen Grad, zeigen jedoch auch, dass Petersen nicht weit genug denkt.

Als letztlich ausschlaggebende Schranke erweisen sich im Vergleich die vom jeweiligen politischen System vorgegebenen Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Sicherheitspolitik. Eine alternative Mehrheit und damit die Fußnotenpolitik in ihrer dänischen Ausprägung war angesichts der bundesdeutschen Praxis der Mehrheitsregierungen in Form von Koalitionen nicht möglich. Der Bundestag füllte eine andere Rolle aus als das *Folketing*.

Im Hinblick auf die in Kapitel 1 angesprochenen Modelle erlauben diese Ergebnisse einige Schlussfolgerungen.<sup>117</sup> Für die Frage nach dem Einfluss der öffentlichen Meinung bestätigt sich die Vermutung, dass das Vorhandensein einer mobilisierten Öffentlichkeit alleine noch keinen Einfluss auf die Sicherheitspolitik begründet. Vielmehr kommt der Kanalisierung der gesellschaftlichen Opposition durch die Parteien eine unverzichtbare Rolle zu. Die Auswirkungen bzw. Wirkmöglichkeiten des Elitendissenses sind aber determiniert durch die vom politischen System vorgegeben Regeln für die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik, in sofern bestätigen sich die Überlegungen von Risse-Kappen. Jedoch zeigt sich auch, dass durch die in der jeweiligen geostrategischen Lage begründeten außen- und sicherheitspolitischen Traditionen Sachzwänge angelegt sind, die bei der Realisierung einer sicherheitspolitischen Opposition nur mit wenig Erfolg negiert werden können.

Kirsten Schäfers studiert im 10. Semester Katholische Theologie auf Diplom,

Mittlere und Neuere Geschichte sowie in den Nebenfächern

Politische Wissenschaft und Katholische Theologie

<sup>116</sup> Vgl. Petersen: *Security Policies*, S. 156-160, S. 156.

<sup>117</sup> Eingedenk der relativierenden Tatsache, dass hier aufgrund von nur zwei Fällen eine Schlussfolgerung gezogen wird.

## Literaturverzeichnis

- AGGER**, Jonathan Søborg: Striving for détente. Denmark and NATO, 1966–67, in: Wenger, Christian/Nuenlist, Christian/Locher, Anna (Hrsg.): Transforming NATO in the Cold War. Challenges beyond Deterrence in the 1960s, London u.a. 2007, S. 183–200.
- AGGER**, Jonathan Søborg /Wolsgaard, Lasse: All Steps Necessary. Danish Nuclear Policy 1946–1960, in: Journal of Contemporary European History 15 (2006), S. 67–84, [http://journals.cambridge.org/download.php?file=%2FCEH%2FCEH15\\_01%2F50960777306003109a.pdf&code=71ddb30177d6d076d36eebf438633b36](http://journals.cambridge.org/download.php?file=%2FCEH%2FCEH15_01%2F50960777306003109a.pdf&code=71ddb30177d6d076d36eebf438633b36) (abgerufen am 14. Februar 2008).
- ALEMANN**, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003.
- ANDERSEN**, Jørgen Goul/**BJØRKLUND**, Tor: Struktureller Wandel, neue Konfliktlinien und die Fortschrittsparteien in Dänemark, Norwegen und Schweden, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hrsg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt/New York 1994, S. 57–89.
- BEUKEL**, Erik: DIIS' udredning om Danmark og den kolde krig og den efterfølgende mediedebat, Odense 2005, <http://www.sam.sdu.dk/politics/publikationer/05Beukel14.pdf> (abgerufen am 12. Februar 2008).
- BIERLING**, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München/Wien 2005.
- BOEL**, Erik: Atomvåben på dansk territorium, skiftende formuleringer, in: Boel, Erik (Hrsg.): Socialdemokratiets atomvåbenpolitik 1945–1988, Kopenhagen 1988, S. 240–246.
- BOEL**, Erik: Socialdemokratiets atomvåbenpolitik 1945–1988, Kopenhagen 1988.
- BOMSDORF**, Falk: Sicherheit im Norden Europas. Die Sicherheitspolitik der fünf nordischen Staaten und die Nord-europapolitik der Sowjetunion, Baden-Baden 1989.
- BROER**, Michael: Zwischen Konsens und Konflikt: Der NATO-Doppelbeschluss, der INF-Vertrag und die SNF-Kontroverse, in: Junker, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. II 1968–1990, Stuttgart/München 2001, S. 234–244.
- DAMGAARD**, Erik: Dänische Experimente mit der parlamentarischen Regierungsform, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hrsg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt/New York 1994, S. 179–198.
- DAMGAARD**, Erik: Dänemark: Das Leben und Sterben von Koalitionsregierungen, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hrsg.): Koalitionsregierungen in Westeuropa. Bildung, Arbeitsweise und Beendigung, Wien 1997, S. 289–326.
- DANSK** Institut for Internationaler Studier (DIIS) (Hrsg.): Danmark under den Kolde Krig. Den Sikkerhedspolitiske Situation 1945–1990, 4 Bde., Kopenhagen 2005:  
<http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2005/Koldkrig/Kapitler/KKBind1.pdf> (abgerufen am 12. Februar 2008),  
<http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2005/Koldkrig/Kapitler/KKBind2.pdf> (abgerufen am 12. Februar 2008),  
<http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2005/Koldkrig/Kapitler/KKBind3.pdf> (abgerufen am 12. Februar 2008),  
<http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2005/Koldkrig/Kapitler/KKBind4.pdf> (abgerufen am 12. Februar 2008).
- DEMBINSKI**, Matthias: Rüstungskontrolle im Widerstreit, in: Junker, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch. Bd. II 1968–1990, Stuttgart/München 2001, S. 222–233.
- DER VORSTAND DER SPD** (Hrsg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 3.–7. Dezember 1979, Bd. I, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen, Bonn 1980.
- DET SIKKERHEDS- OG NEDRUSTNINGSPOLITISKE UDVALG** (Hrsg.): Dansk sikkerhedspolitik og forslagene om Norden som atomvåbenfri zone, Kopenhagen 1982.
- DET SIKKERHEDS- OG NEDRUSTNINGSPOLITISKE UDVALG** (Hrsg.): Danmarks sikkerhedspolitiske situation i 1980'ern, Kopenhagen 1985.
- DITTGEN**, Herbert: Deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehungen in der Ära Helmut Schmidt. Vorgeschichte und Folgen des NATO-Doppelbeschlusses, München 1991.
- DPC-ABSCHLUSS-KOMMUNIQUÉ**, Brüssel 01./02. Juni 1983, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c830602a.htm> (abgerufen am 12. Februar 2008).

- ELLEMANN-JENSEN**, Uffe: Fodfejl. Da Danmark svigtede under den kolde krig, Kopenhagen 2004.
- ENTSCHEIDUNGEN** des Bundesverfassungsgerichts, Band 68, S. 1.
- EYSELL**, Maria: Die Konservative Volkspartei; die christliche Volkspartei und die Zentrum-Demokraten Dänemarks: Drei Wettbewerber im bürgerlichen Lager, in: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa 4. Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Paderborn u.a. 1994, S. 327–500.
- EYSELL**, Maria: Der dänische Minderheitsparlamentarismus der achtziger Jahre, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 6 (1996), S. 375–407.
- EYSELL**, Maria: Parteipolitik im Schatten des Minderheitsparlamentarismus: Parteien und Fraktionen in Dänemark, in: Helms, Ludger (Hrsg.): Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich, Opladen 1999, S. 171–196.
- FENSKE**, Hans: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn u.a. 1994.
- FRANDBSEN**, Steen Bo: Dänemark – der kleine Nachbar im Norden. Aspekte der deutsch-dänischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1994.
- HAAGERUP**, Niels Jorgen: The Nordic Peace Movements, in: Laqueur, Walter/Hunter, Robert (Hrsg.): European Peace Movements and the Future of the Western Alliance, New Brunswick/Oxford 1985, S. 144–165.
- HACKE**, Christian: Zu viel Theorie, zu wenig Geschichte? Eine kritische Zwischenbilanz der Disziplin der Internationalen Beziehungen in Deutschland, Hamburg 2003.
- HACKE**, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt/M./Berlin, akt. Neuaufl. 2003.
- HAFTENDORN**, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945–2000, Stuttgart 2001.
- HAFTENDORN**, Helga: Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorie der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen 1990, S. 401–423.
- HANRIEDER**, Wolfram F.: The FRG and NATO: Between Security Dependence and Security Partnership, in: Kirchner, Emil J./Sperling, James (Hrsg.): The Federal Republic of Germany and NATO. 40 Years after, London 1992, S. 194–220.
- HAUPT**, Heinz-Gerhard/**KOCKA**, Jürgen: Historischer Vergleich: Methoden Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: Haupt, Heinz-Gerhard/Kocka, Jürgen (Hrsg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M./New York 1996, S. 9–45.
- HOFFMANN**, Hubertus: Die Atompartner Washington – Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen. Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des Doppelbeschlusses der NATO, Koblenz 1986.
- HOFMANN**, Robert: Die Sicherheitspolitik der SPD 1966–1977. Innerparteiliche Willensbildung und praktizierte Regierungspolitik im nationalen und internationalen Bezugsrahmen, Puchheim b. München 1987.
- HOLBRAAD**, Carsten: Denmark: Half-Hearted Partner, in: Ørvik, Nils (Hrsg.): Semialignment and Western Security, New York 1986, S. 15–60.
- HOLBRAAD**, Carsten: Danish Neutrality. A Study in the Foreign Policy of a Small State, Oxford 1991.
- HOLSTI**, Ole R.: Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus, in: International Studies Quarterly 36 (1992), S. 439–466.
- HÖSE**, Alexander/**OPPERMANN**, Kai: Die öffentliche Meinung als Katalysator für transatlantische Kooperation und Konflikte, in: Höse, Alexander/Oppermann, Kai/Jäger, Thomas (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S. 385–396.
- HÖSE**, Alexander/**OPPERMANN**, Kai: Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2007, S. 40–68.
- ISMAYR**, Wolfgang: Das politische System Deutschlands, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 2. Aufl., Opladen 1999, S. 415–453.
- JAHN**, Detlef: Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2006.
- JENSEN**, Bent: Sovietunionen og danmark: Østersøens herre og Østersøens dørvogter, in: Slavisk Institut, Odense Universitet (Hrsg.): Sovietunionen og Norden, Odense 1984, S. 49–61.
- KOMMUNIQUE** des Special Meetings of Foreign and Defense Ministers, Brüssel 12. Dezember 1979, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c791212a.htm> (abgerufen am 05. Februar 2008).
- KORTMANN**, Jürgen: Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks, Bochum 1994.
- KRASNER**, Michael A./Petersen, Nikolaj: Peace and Politics: The Danish Peace movement and its Impact on National Security Policy, in: Journal of Peace Research 23 (1986), S. 155–173.

## > regierungslehre

- LAYRITZ, Stephan: Der NATO-Doppelbeschluß. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik, Frankfurt/M. u.a. 1992.
- MILLER, Kenneth M.: Denmark. A troubled Welfare State (Westview Profiles. Nations of Contemporary Western Europe), Boulder u.a. 1991.
- MORAVCSIK, Andrew: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51 (1997), S. 513-553.
- MÜLLER, Harald/RISSE-KAPPEN, Thomas: Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozeß in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorie der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen 1990, S. 375-400.
- NAC-ABSCHLUSS-KOMMUNIQUE, Paris 09./10. Juni 1983, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c830610a.htm> (abgerufen am 05. Februar 2008).
- NAC-ABSCHLUSS-KOMMUNIQUE, Washington 29.-31. März 1984, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c840531a.htm> (abgerufen am 05. Februar 2008).
- NANNESTAD, Peter: Das politische System Dänemarks, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 2. Aufl., Opladen 1999, S. 55-91.
- NEHRING, Holger: Diverging Perceptions of Security. NATO, Nuclear Weapons, and Social Protest, in: Wenger, Christian/Nuenlist, Christian/Locher, Anna (Hrsg.): Transforming NATO in the Cold War. Challenges beyond Deterrence in the 1960s, London u.a. 2007, S. 131-147.
- NOTZ, Anton: Die SPD und der NATO-Doppelbeschluß. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft, Baden-Baden 1990.
- NPG-ABSCHLUSS-KOMMUNIQUE, Montebello (Kanada) 27./28. Oktober 1983, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c831028a.htm> (abgerufen am 05. Februar 2008).
- NPG-ABSCHLUSS-KOMMUNIQUE, Gleneagles 21./22. Oktober 1986, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c861022a.htm> (abgerufen am 05. Februar 2008).
- OLESEN, Thorsten Borring: Truth on Demand: Denmark and the Cold War, in: Hvidt, Nana/Mouritzen, Hans (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2006, Kopenhagen 2006, S. 80-113.
- OPPERMANN, Kai/HÖSE, Alexander: Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik, in: Jäger, Thomas/Oppermann, Kai/Höse, Alexander (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2007, S. 40-68.
- PETERS, Susanne: The Germans and the INF Missiles. Getting Their Way in NATO's Strategy of Flexible Response, Baden-Baden 1990.
- PETERSEN, Nikolaj: The Security Policies of Small NATO Countries: Factors of Change, in: Cooperation and Conflict 23 (1988), S. 145-162.
- RISSE-KAPPEN, Thomas: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics 43 (1991), S. 479-512.
- SCHAKE, Kori N.: NATO-Strategie und deutsch-amerikanisches Verhältnis, in: Junker, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch, Bd. II 1968-1990, Stuttgart/München 2001, S. 211-221.
- SIKKERHEDSPOLITISKE FOLKETINGSORDENER 1982-1988, in: Boel, Erik (Hrsg.): Socialdemokratiets atomvåbenpolitik 1945-1988, Kopenhagen 1988, S. 233-239.
- THE FUTURE TASKS OF THE ALLIANCE. Report of the Council, NAC-Kommunique, Brüssel 13./14. Dezember 1967, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c671213b.htm> (abgerufen am 05. Februar 2008).
- VILLAUME, Poul: Allieret med forbehold. Danmark, NATO og den kolde krig. En studie i dansk sikkerhedspolitik 1949-1961, Kopenhagen 1995.
- VILLAUME, Poul: Denmark and NATO Through 50 Years, in: Danish Foreign Policy Yearbook 3 (1999), S. 29-61.
- ZÄNKER, Christian: Die sowjetischen Einflußstrategien zur Verhinderung des Vollzugs des NATO-Doppelbeschlusses, Frankfurt/M. u.a. 1991.